

**UNIA**



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Fleischindustrie: Deutsches Schweinesystem bleibt.** Seite 12

## **Blochers: Reich dank der DDR**



Die Nazis hatte die EMS schon an Bord, den Erfolg brachten Wissenschaftler aus der DDR. Seiten 6-7

## **AHV: Frauen machen minus**

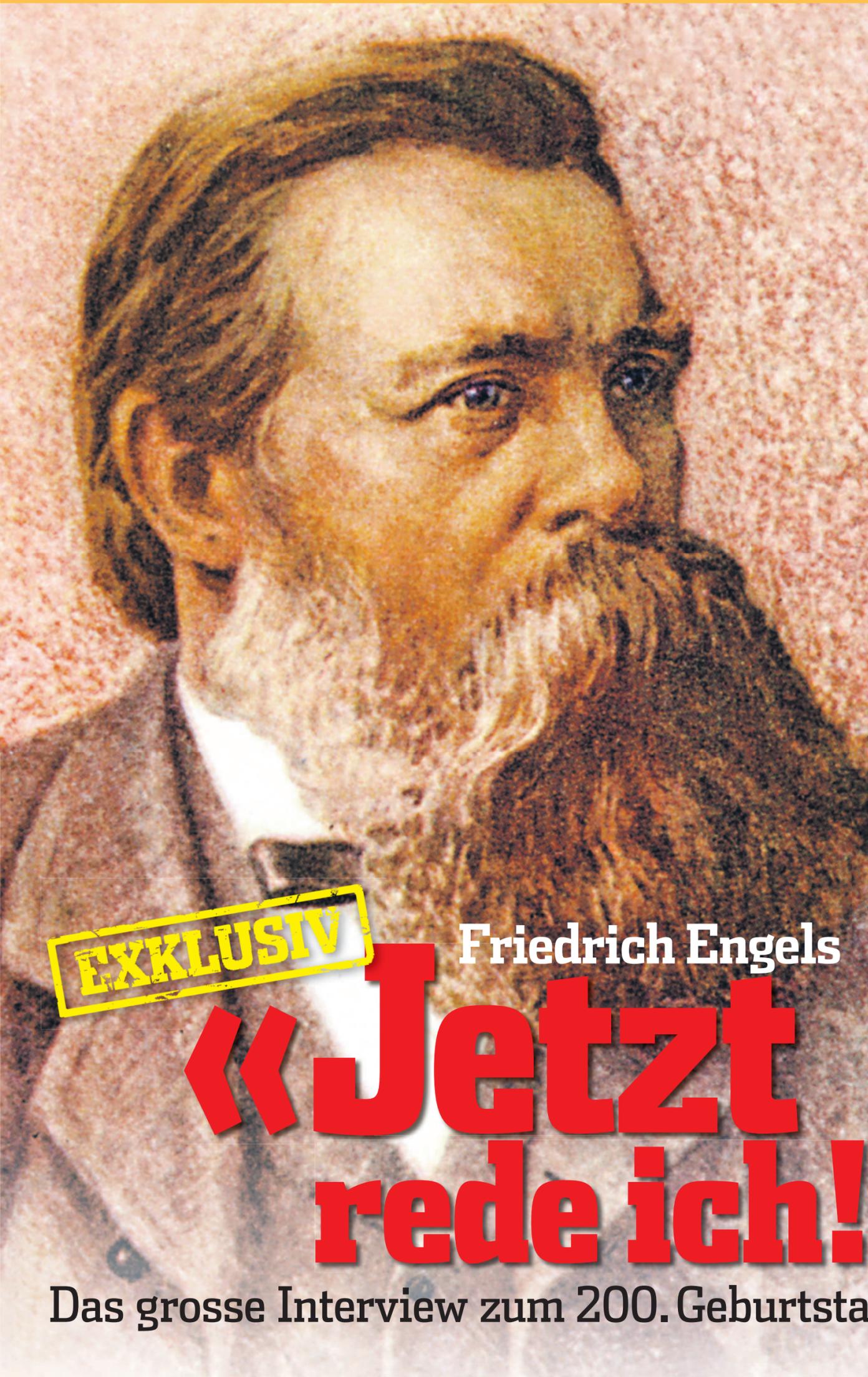
Die Erhöhung des Rentenalters kostet die Frauen jährlich 1200 Franken. Seite 15

## **Indosa: Jetzt auch noch Lohnklau!**

St. Galler Skandal-Bude zwackt Büzern 2000 Franken vom Lohn ab. Seite 3

# Was heisst da zumutbar?

Der Spielraum der RAV-Berater ist gross. Aber nicht unendlich. Der work-Ratgeber. Seiten 16-17



**EXKLUSIV**

Friedrich Engels

# «Jetzt rede ich!»

Das grosse Interview zum 200. Geburtstag Seiten 10-11



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## WER WILL, KANN

Die Walliser Zeitung «Le Nouvel-Liste» hat derzeit etwa doppelt so viele Todesanzeigen wie gewöhnlich. Jeden Tag. Statt einer oder anderthalb Seiten deren drei bis vier. Längst nicht in allen Trauerschreibern steht der Grund für dieses ungebremste Sterben. Doch es hat einen Namen: Corona. Das Wallis ist immer noch trauriger Weltmeister bei den Corona-Infektionen. Der Südkanton liegt, pro 100 000 Bewohnerinnen und Bewohner berechnet, sogar noch vor den USA. Auch bei den Toten. Am 27. Oktober erreichte der Kanton den Peak: dramatische

## Wir sind ein Corona-Sonderfall.

888 neue Infektionen an einem Tag! Die Regierung zog die Notbremse

und verordnete schärfere Schutzmassnahmen. Inzwischen ist die Covid-Kurve massiv abgesunken. Und zeigt: Wer will, kann Corona in den Griff bekommen. Doch die Üsserschwiz kann das offenbar nicht.

**ZU FRÜH FROHLOCKT.** Noch im Mai frohlockte Gesundheitsminister Alain Berset: «Wir können jetzt Corona!» Zu früh frohlockt: In der zweiten Welle können wir Corona schlechter als (fast) alle Länder ringsum. Wir sind inzwischen wirklich ein Sonderfall. Ein Corona-Sonderfall! Unsere Nachbarn greifen durch, obwohl sie weit weniger vom Virus heimgesucht sind als die Schweiz (Seite 5). Allen voran Österreich. Dort hat Bundeskanzler Sebastian Kurz kurzentschlossen wieder Lockdown angeordnet. Weil die Intensivbetten schon zur Hälfte ausgelastet seien. In 13 Schweizer Kantonen sind sie dies schon längst. Aber zu über 80 Prozent! 60 Ökonominen und Ökonomen raten dem zerstrittenen Bundesrat jetzt, endlich durchzugreifen. Mit einer Kombination von hartem Lockdown und korrekter Entschädigung für alle Betroffenen. Weil sich das gesundheitlich und ökonomisch am besten bewähre. Selbst der rechtsnationalistische Kanzler Kurz hat offenbar begriffen, dass man eine Pandemie nicht mit marktgläubiger Ideologie bekämpfen kann.

**DURCHBRUCH.** Immerhin einen Lichtblick gibt es. Immerhin erreicht uns jetzt Hoffnungsvolles von der Impfstoff-Front. Nach Biontech/Pfizer vermeldet auch die US-Firma Moderna, die ihr Vakzin auch bei der Lonza in Visp produzieren will, einen überraschend schnellen Durchbruch: Ihre Impfstoffe schützen zuverlässig, seien verträglich, und die Produktion könne anlaufen. Noch sind das Informationen von Firmen, die eine Goldgrube wittern. Doch faszinierend ist das schon, was plötzlich möglich ist, wenn's wirklich brennt, wie unsere Technologie-Politik-Rubrik «Rosa Zukunft» freudig zu berichten weiss (Seite 4).

# Corona-Schutz auf Schweizer Baustellen: Kontrolliert uns endlich!

**Die Büezer schlagen Alarm: Auf den Baustellen werden die Covid-Massnahmen nicht eingehalten. Kontrollen sind viel zu selten.**

JOHANNES SUPE

Es hätte eine ruhige Gewerkschafts-Sitzung werden sollen. Informationen über die vergangenen Lohnverhandlungen, ein Ausblick auf die kommende Zeit und die Verabschiedung eines langjährigen Mitstreiters. Corona? Ein Unterpunkt auf der Tagesordnung für die Unia-Baupräsidentenkonferenz vom 7. November. Doch es kommt anders. Die Baupräsidenten legen einen neuen Schwerpunkt. Sie, die Arbeiter, die das Ver-

## «Bei unserem Toitot gibt es weder Desinfektionsmittel noch Wasser.»

JAVIER B., BAUPRÄSIDENT ZÜRICH

trauen ihrer Kollegen geniessen und ihre jeweilige Region innerhalb der Unia repräsentieren. Einer von ihnen erklärt: «Die Situation auf unseren Baustellen ist schlecht. Sicherheitsmassnahmen werden nicht eingehalten, und sie werden auch nicht überprüft.» Corona! Nun ist es das Hauptthema. Am Ende der Beratung sind sich alle einig: Es braucht mehr Kontrollen auf dem Bau – und die Unia soll darauf pochen.

Masken ja, aber... work will es genauer wissen. Ein Anruf in Zürich bei Baupräsident Javier B.\* Er sagt: «Masken haben wir bekommen, doch bei unserem Toitot gibt es weder Wasser noch Desinfektionsmittel.» Und das, obwohl er und seine sechs Kollegen derzeit ein Spital umbauen. Gefährlich ist auch, dass es für die ganze Equipe nur eine Baracke gibt. 6 mal 2,5 Meter für sieben Personen. Die Pausen seien versetzt worden, so dass stets nur die halbe Gruppe gleichzeitig das Znüni nimmt, so Javier B. Doch beim Kleiderwechsel am Abend und am Morgen kommen alle zusammen. Denn die Ar-

\* Name geändert



**GEFÄHRLICHE NÄHE:** Auf dem Bau kommt es ständig zu engem Kontakt zwischen den Büzern. FOTO: UNIA

beitszeiten wollte die Firma nicht anpassen. «Nur der Bauführer hat eine Baracke für sich allein.»

Antonio Ruberto kennt etliche solcher Missstände. Zwar genießt der Berner Baupräsident bereits seine Frühpensionierung. Doch nach 38 Jahren im Hochbau ist er für viele seiner Kollegen noch immer der Anlaufpunkt, wenn es um Probleme am Arbeitsplatz geht. «Viele machen sich Sorgen, denn sie sehen, dass die Massnahmen auf dem Bau nicht genügend

umgesetzt werden», sagt Ruberto zu work. Ob auf den Gerüsten oder beim Betonieren: auf dem Bau komme es eben ständig zu engem Kontakt zwischen den Büzern.

## KAUM KONTROLLEN

In den vielen Rückmeldungen, die Ruberto erhalten hat, zeichnet sich zudem ein Trend ab: Auf grösseren Baustellen mit vielen Arbeiterinnen und Arbeitern wird von den Firmen oft besser auf die Gesundheit geachtet als bei kleineren

Projekten. Eine Einschätzung, die auch Abbas S.\* teilt. Er ist Baupräsident des Berner Oberlands. Nur: Kontrolliert werden diese Baustellen viel zu selten. «Ich habe das ganze Jahr noch keine Suva-Kontrolle erlebt», so Abbas. Nur einmal habe der firmeneigene Sicherheitsbeauftragte vorbeigeschaut – mit Voranmeldung.

## UNIA HAT IDEE

Offiziell hat der Unfallversicherer, der neben den Kantonen mit den Covid-Kontrollen beauftragt ist, zwischen Juli und September 3973 Baustellen überprüft. Eine hohe Zahl. Scheinbar. Tatsächlich widmen sich längst nicht alle Besuche der Einhaltung der Corona-Massnahmen. Und gemessen an der Menge an Baustellen – allein im «kleinen» Berner Oberland sind es mehr als 200 – schrumpft die Überprüfungsdichte zusammen. Kommt hinzu, dass die Kantone ihren Verpflichtungen kaum nachkommen. Und so restierte kürzlich der «Kassensturz» von SRF: «Es wird zu wenig kontrolliert.»

Zwei Tage nach der Baupräsidentenkonferenz nimmt die Unia – nicht zum ersten Mal – öffentlich Stellung. «Grobe Missstände und kaum Kontrollen auf Baustellen», prangert sie an. Aber die Gewerkschaft macht auch ein Angebot: Die paritätischen Kommissionen, normalerweise mit der Überwachung der Arbeitsbedingungen beauftragt, könnten beim Covid-Schutz helfen. Mit Kontrollen kennen die sich schliesslich aus.

## Ab 1. Januar gilt im Schreinerereigewerbe ein vertragsloser Zustand

# Meister schiessen Rente mit 63 ab

**Das ist ein Paukenschlag: Die Schreinermeister lehnen den Vorruhestand ab, den sie zuvor mit den Gewerkschaften ausgehandelt hatten.**

CHRISTIAN EGG

Alles für die Katz. Hart hatten die Gewerkschaften Unia und Syna mit dem Schreinermeisterverband gerungen. Am Ende hatten sie ein Modell für den Vorruhestand auf dem Tisch, hinter dem beide Seiten stehen konnten. Ab 63 hätten die Schreinerinnen und Schreiner in den Ruhestand gehen können. Oder schon ab dem 60. Geburtstag ihr Pensum reduzieren.

Hätten. Denn die Schreinermeister haben an ihrer Online-Delegiertenversammlung das ausgehandelte Modell abgeschossen.

**ENTÄUSCHEND.** Ganz überrascht vom Nein ist Kaspar Bütikofer vom Sektor Gewerbe der Unia nicht. In den Verhand-

lungen sei abgemacht worden, dass beide Seiten sich an ihrer Basis für das Resultat starkmachen. Doch die Verbandsspitze habe dies «vergessen», so Bütikofer. Es habe keinerlei Stellungnahme des Präsidenten für die Rente ab 63 gegeben.

## Ab Januar gelten für Schreinerinnen und Schreiner keine Mindestlöhne mehr.

Und in der verbandseigenen «Schreinerzeitung» wurde das ausgehandelte Modell als «äusserst umstritten» betitelt. Bütikofer ist enttäuscht: «Wenn man will, dass etwas abgelehnt wird, muss man es genau so machen.»

**VERTRAGSLOS.** Damit gilt in der Branche ab nächstem Jahr auch kein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mehr. Denn das Verhandlungsergebnis war ein Paket: Vorruhestandsmodell plus



**ABGESÄGT:** Schreiner hätten im neuen GAV ab 60 Jahren ihr Pensum reduzieren können, doch die Schreinermeister sagen Nein. FOTO: KEY

GAV. Entweder treten beide in Kraft – oder keines. Wie jetzt. Bütikofer sagt: «Ab Januar werden wir einen vertragslosen Zustand haben.» Das heisst: Keine allgemeingültigen Mindestlöhne. Keine Weiterbildungen (deren Finanzierung ist im GAV geregelt). Und auch keine Kontrollen mehr. Brisant: Auch

Schreinerbetriebe aus der EU, die in der Schweiz Aufträge ausführen, werden nicht mehr kontrolliert. Denn diese Kontrollen im Rahmen der flankierenden Massnahmen hat das Seco an die Sozialpartner delegiert. 2800 Kontrollen waren es im letzten Jahr. So viele wie in keiner anderen Branche.

Chaos und Exodus bei der Rheintaler Dosen-Spezialistin Indosa AG

## «Wenn der Chef schreit, hört ihn das halbe Dorf»



Schon wieder Krach bei der Indosa AG: Wirrer Brief mit irren Folgen

# Plötzlich 2000 Franken weniger Monatslohn

**Bei der Rheintaler Maschinenfabrik Indosa schaltet und waltet die Chefetage nach ganz eigenem Gusto. Und führt ein absurdes Lohnreglement ein. Doch die Belegschaft wehrt sich.**

JONAS KOMPOSCH

Wie eine schallende Ohrfeige habe es sich angefühlt. So beschreibt Ralf Bösch\* den Moment, als er auf seiner letzten Gehaltsabrechnung den Oktoberlohn entdeckte: Über 2000 Franken hatte ihm seine Arbeitgeberin, die Maschinenfabrik Indosa AG in Au SG, vom üblichen Monatslohn abgezogen. Damit blieben ihm keine 2500 Franken mehr! Bösch sagt: «Ich lebe jetzt unter dem Existenzminimum. Wie ich meine Rechnungen bezahlen soll, weiss ich nicht.» Jetzt zeigen work-Recherchen: Bösch ist kein Einzelfall. Fast alle der 15 Indosa-Mitarbeitenden mussten bei ihrem letzten Zahltag

\* Name geändert

massive Abzüge feststellen. Angekündigt oder gar mit den Mitarbeitenden abgesprochen waren diese Abzüge nicht. Stattdessen überraschte Indosa mit einem wirren Begleitbrief.

### FAST BELEIDIGEND

Der Brief, der work vorliegt, strotzt nur so von Fehlern und irreführenden Formulierungen, weshalb er fast unverständlich ist. Sinngemäss steht darin: Künftig würden bei jeder Gehaltsabrechnung sämtliche Minusstunden und «Minusurlaubsstunden» vom Lohn abgezogen. Ausserdem würden Krankentage nur noch mit 80 Prozent vergütet. Wofür man die «geehrten» Mitarbeitenden «um Verständnis» bitte. Vergebens. Mehrere Aufmerksamkeits wandten sich an Unia-Sekretär Lukas Auer. Doch selbst dem Gewerkschafter hat's den Hut gelupft. Auer sagt: «Für solche Abzüge fehlt eine Rechtsgrundlage derart deutlich, dass sie schon fast eine Beleidigung sind.»

Tatsächlich untersteht Indosa als Mitglied des Arbeitgeberverbands Swissmem dem Gesamtarbeitsvertrag der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (GAV-MEM). Und dieser hält unmissverständlich fest: «Die Lohn-

zahlung erfolgt gleichmässig, unabhängig von den Schwankungen der Arbeitszeit.» Klipp und klar regelt der GAV auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Erkrankten Mitarbeitende unverschuldet, erhalten sie weiterhin 100 Prozent des Lohnes. Und zwar je nach Dienstalter für die Dauer von 1 bis maximal 6 Monaten.

### ANWALT EINGESCHALTET

Noch grössere Fragezeichen haben die Indosa-Mitarbeitenden bei den verrechneten Minusstunden. Zum Beispiel Maschinist Oliver Berliat\*, dem wie Bösch rund 2000 Franken fehlen. Und zwar deshalb, weil er angeblich allein im Oktober über 20 Minusstunden angehäuft haben soll. Berliat aber versichert: «Das ist eine frei erfundene Zahl!»

Wer die fragwürdigen Abzüge zu verantworten hat, geht aus dem Begleitbrief nicht direkt hervor. Weil er nicht einmal unterzeichnet ist. Doch für die Mitarbeitenden ist klar, wer dahintersteckt: die Personalverantwortliche M., die mit dem Firmenvorstand Werner Grabher privat verkehrt, einen stolzen Pauschalloon von 9500 Franken bezieht, und im Betrieb

als rechte Hand des Chefs fungiert. Schon im September hatten im work mehrere Mitarbeitende Mobbing-Vorwürfe gegen M. erhoben (siehe: [rebrand.ly/chef-schreit](https://rebrand.ly/chef-schreit)). Seither hat sie sich in den Betriebshallen nicht mehr

### Eindeutiger Verstoss gegen den MEM-GAV.

blicken lassen. Stellung nehmen wollte M. auch diesmal nicht. Auch Chef Grabher sagte am Telefon nichts zu den aktuellen Vorwürfen. Dafür schaltete er noch gleichentags den Anwalt Werner Ritter ein. Und dieser sagt auf Anfrage: «Mein Auftrag ist die umfassende Klärung der Vorwürfe. Gegenwärtig untersuchen wir, was den Mitarbeitenden tatsächlich zusteht. Unser Ziel ist eine gütliche Lösung der Konflikte entsprechend den gesetzlichen Grundlagen.» Darauf wollen sich die Mitarbeitenden aber nicht verlassen. Sie haben ihrerseits gehandelt und dem Chef per eingeschriebenem Brief ein Ultimatum gestellt: Binnen zehn Tagen erwarte man den korrekten Zahltag und danke für das Verständnis. work bleibt dran.

## Klopapier-Riese will 265 Stellen spülen

**NIEDERBIPP BE.** Von wegen samtweich: Knallhart sagt der WC-Papier-Gigant Kimberley-Clark, er wolle seine Hakle-Fabrik in Niederbipp nicht mehr. 265 Stellen sind in Gefahr. Der US-Konzern will das Hakle-Papier künftig in Italien produzieren. Weil das billiger kommt. Da spielt es auch keine Rolle, dass das Werk im Frühling wegen der Corona-Hamsterkäufe einen Monat lang 2,6 Millionen Rollen WC-Papier pro Tag produzierte – doppelt so viel wie normal. Kimberley-Clark will die Schweizer Fabrik verkaufen. Oder schliessen, wenn sich kein Käufer findet. Der Berner Gewerkschaftsbund fordert jetzt den Regierungsrat auf, aktiv zu werden. Bei einem für die Region so wichtigen Arbeitgeber «darf der Kanton



GEFRAGT: WC-Papier ist Corona-Hamsterware. FOTO: ISTOCK

nicht einfach zusehen», heisst es in einer Mitteilung. Vielmehr müsse er alles unternehmen, um die Arbeitsplätze langfristig zu sichern.

## Initiative für anständige Löhne

**ZÜRICH/WINTERTHUR/KLOTEN.** Sie erinnert sich nicht, wann sie zum letzten Mal in einem Restaurant war. Oder beim Coiffeur. C., Reinigerin in Kloten ZH, kann sich solche Sachen nicht leisten. Der Lohn für ihren 100-Prozent-Job beträgt nur gerade 3300 Franken brutto im Monat. Das schreibt sie in einem offenen Brief an die Stadtregierung. Diese und danach die Stimmberechtigten haben es jetzt in der Hand, solche Tieflohne abzuschaffen. Dank der kommunalen Mindestlohninitiative der Gewerkschaften. Am 10. November reichten sie die nötigen Unterschriften in Kloten ein. Wie auch in Zürich und Winterthur. Die drei Initiativen fordern: keine Löhne mehr unter 23 Franken pro Stunde. Das sind 4000 Franken im Monat. Kein fürstlicher Lohn. Aber für Betroffene wie Reinigerin C. ein Lohn, der zum Leben reicht.

## Staatspersonal streikt wieder

**GENÈVE.** Rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons Genève haben am 18. November einen halben Tag lang gestreikt. Sie protestierten damit gegen den Sparkurs der Regierung. Schon zum dritten Mal innerhalb eines Monats. Einen Teilerfolg können sie jetzt feiern: Die Lohnsenkung von einem Prozent, wie sie die Genèver Kantonsregierung wollte, ist vom Tisch. Jetzt kämpfen die Kantonsangestellten, unterstützt von den Gewerkschaften, noch um ihre Renten: Die Regierung will sie einfrieren, um das Budget zu entlasten.

## Der Kalte Krieg ist vorbei – nur die USA machen weiter

# Bundesrat soll sich gegen Kuba-Blockade einsetzen

**Die ausserpolitische Kommission bezieht Stellung gegen die Blockadepolitik der USA.**

CHRISTIAN EGG

Es ist ein Relikt aus dem Kalten Krieg: Seit 60 Jahren halten die USA an ihrer Wirtschaftsblockade gegenüber dem sozialistischen Kuba

### «Hauptgrund für die Armut in Kuba ist die Blockade der USA.

AUSSENPOLITISCHE KOMMISSION NR

fest. Und verletzen damit das Völkerrecht. Die Folgen des US-Boykotts sind verheerend: Es fehlt etwa an Medikamenten gegen Bluthochdruck und Diabetes, an Brillengläsern, an chirurgischen Handschu-

hen für Operationen. Sogar Shampoo, Déodorant oder Hautcreme sind vom Embargo betroffen.

Jetzt fordert die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates den Bundesrat auf, sich für ein Ende der Blockade einzusetzen. In einem Postulat der Kommission heisst es: «Leider hat die Armut der Bevölkerung weiter zugenommen. Hauptgrund ist die einseitige Blockade der USA.»

Der Bundesrat solle aufzeigen, wie er innerhalb der Uno den Druck auf die neue US-Regierung erhöhen könne. Zudem solle er prüfen, wie er Handel und Investitionen mit Kuba ermöglichen könne.

### BANK CLER: RECHTSWIDRIG

Denn dem US-amerikanischen Druck beugten sich mehr und

mehr auch die Schweizer Banken: Ausgerechnet die einst gewerkschaftsnahe Bank Cler verweigert ihrer Kundschaft seit kurzem sogar das Spenden an Schweizer Hilfswerke, wenn sie möglicherweise Kuba zugute kommen. Wegen «Rechts- und Reputationsrisiken» (work berichtete: [rebrand.ly/bankcler](https://rebrand.ly/bankcler)). Mit ihrer Weigerung agiert die Bank Cler rechtswidrig. Denn sie ist eine Tochtergesellschaft der Basler Kantonalbank (BKB) und deshalb dem Basler BKB-Gesetz unterworfen. Und dieses legt eindeutig fest: Die BKB und ihre Töchter müssten «in erster Linie» den Geld- und Kreditbedürfnissen in der Region Basel dienen. Nur wenn diese nicht beeinträchtigt werden, seien auch Geschäfte in der übrigen Schweiz



FAUSTDICK: Seit Jahrzehnten wehrt sich das sozialistische Kuba gegen die aggressiven USA. FOTO: KEYSTONE

und im Ausland zulässig. Für den Berner Rechtsanwalt Willi Egloff ist somit klar: «Wenn es diese angeblichen Reputationsrisiken überhaupt gibt, müsste die Bank Cler auf das Auslandsgeschäft verzichten.»

Doch diese will davon nichts wissen und hält an ihrer Praxis fest, wie sie auf Anfrage von work bekräftigt. Als Grund gibt sie die «Wahrung der geschäftlichen Sorgfalt» an.

# Basler Plattenleger stehen auf und schlagen Alarm: Frühpensionierung steht auf dem Spiel

**Das Gewerbe der Plattenleger boomt – sogar in Coronazeiten. Trotzdem will der Basler Branchenverband die Löhne drücken und die Frühpensionierung kübeln. Mit haarsträubenden Begründungen.**

JONAS KOMPOSCH

Meist herrscht tote Hose auf dem Basler Pyramidenplatz. Eine Ausnahme gab's am 12. November: Unia-Fahnen flatterten, Musik dröhnte aus Boxen, und um 12 Uhr mittags trafen gut 60 Plattenleger ein. Sofort machte sich eine freundschaftliche Stimmung breit. Schliesslich kennt man sich in der Branche. Und die Kollegen hatten alle ein Ziel: dem hier ansässigen Plattenverband beider Basel einmal gehörig die Meinung zu geigen.

Warum, erklärt Plattenleger Arthur Scherrer\* (40): «Was sich die Chefs herausnehmen, zeigt ihre extrem arrogante Haltung.» Tatsächlich ist der Arbeitgeberverband mitten in der Coronakrise aus dem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Ausbaugewerbe ausgestiegen. Dies, obwohl das Keramikgeschäft boomt und Fachpersonal immer rarer wird. Und obwohl die Plattenleger seit Corona unter schwierigen Umständen durchgearbeitet haben. Statt einer Anerkennung nun also die GAV-Kündigung. Damit droht ausgerechnet in der Hochpreisinsel Basel und ausgerechnet einer körperlich extrem belasteten Berufsgruppe eine

\*Namen geändert



**SIE SIND BEREIT!** Die Basler Plattenleger protestieren gegen den Arbeitgeberverband, der mitten in der Coronakrise aus dem Gesamtarbeitsvertrag ausgestiegen ist. FOTO: UNIA

Reihe von Verschlechterungen. Und die Zerstörung einer einmaligen historischen Errungenschaft.

## BILLIGKONKURRENZ?

Die Basler Plattenleger können nämlich auf eine stolze Geschichte zurückblicken. Wegen ihres starken gewerkschaftlichen Zusammenhalts setzten sie schon vor langer Zeit einen regionalen GAV durch. Und zwar einen, der wesentlich besser war als der gesamtschweizerische GAV für das Plattenlegergewerbe. Heute gibt's den regiona-

len Plattenleger-GAV zwar nicht mehr, doch seit 2014 sind die rund 240 Plattenleger beider Basel dem regionalen GAV für das Ausbaugewerbe unterstellt. Und profitieren so immer noch von ihren Errungenschaften: Ihre Mindestlöhne liegen bis zu 540 Franken über jenen des nationalen Plattenleger-GAV. Zudem haben die Basler Anrecht auf eine bezahlte Zünipause und können mit 62 Jahren in die verdiente Frühpension.

Dem will der Basler Plattenlegerverband nun auf März 2021 ein Ende

setzen – und zwar präventiv. So sagt Verbandspräsidentin Daniela Bernardi zu work: «Momentan haben wir sehr viel Arbeit, aber wenn sich das ändert, kommen wir unter Druck.» Bernardi meint damit die ausserkantonale und ausländische Konkurrenz, die mit Billigangeboten nach Basel dränge. Ein Scheinargument sei das, sagt dagegen Unia-Mann Lucien Robischon, denn: «Auch ausserregionale Firmen sind verpflichtet, sich an die hier geltenden Mindestlöhne zu halten. Tun sie das nicht, hat das hohe

Konventionalstrafen zur Folge.» Auch das Argument von nicht funktionierenden Lohnkontrollen zerpflückt Robischon: «Wir haben den Arbeit-

## «Was sich die Chefs herausnehmen, zeigt ihre arrogante Haltung.»

PLATTENLEGER ARTHUR SCHERRER

gebern einen gemeinsamen Beschluss für intensiverte Kontrollen vorge schlagen. Davon wollten sie aber nichts wissen.»

## BRUTALE BEDINGUNGEN

Den Firmen scheint es also ums Prinzip zu gehen, sprich um den Profit. Einer, der sich das nicht gefallen lassen will, ist Robert Blaurock (54). Er sagt: «Was heute auf den Baustellen abläuft, ist nicht mehr normal. Der Zeitdruck ist explodiert.» Blaurock weiss, wovon er spricht, denn er steht schon seit seinem fünfzehnten Lebensjahr im Beruf, ist aktives Unia-Mitglied und Präsident der Basler Plattenleger.

Gleich sieht es Arthur Scherrer der gerade einen Hexenschuss auskurriert hat. Er sagt: «Gemütlich war es auch früher nicht, aber heute ist es richtig brutal! In immer weniger Zeit müssen wir immer grössere Platten verschleppen.» Darunter litten Menschen genauso wie die Qualität der Arbeit. Und sogar der frisch Ausgelernte Thomas Gyger\* (20) sagt: «Hätte ich damals gewusst, dass es so den Bach runtergeht, hätte ich eine andere Lehre gemacht.» Doch Jungarbeiter Gyger nimmt's pragmatisch, jetzt gehe es um die Verteidigung der Arbeitsbedingungen. Und er sagt: «Kraftprobe gefällig? Wir sind bereit!»

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Corona-Impfstoff: Der Beginn einer neuen Produktionsweise?

**Als die Abwahl von Donald Trump feststand, meldeten die Unternehmen Biontech und Pfizer nie für möglich gehaltene Erfolge bei ihrem Impfstoff. Die Produktion werde noch dieses Jahr mit 50 Millionen Impfdosen anlaufen. In wenigen Monaten könne man 70 Prozent der Deutschen impfen. Es geht voran!**

Wir erleben dank der Pandemie eine der spannendsten Phasen kapitalistischer Entwicklung.

**ERKENNTNIS 1:** Die Pandemie kostet die Weltwirtschaft jeden Monat mindestens 375 Milliarden Franken. Wie schon bei der Spanischen Grippe gilt, wer als Stadt, Region oder Land gesundheitspolitisch harte Massnahmen ergreift, kommt wirtschaftlich besser durch die Krise.

**ERKENNTNIS 2:** Deshalb empfehlen 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dem Bundesrat, einen harten Lockdown mit korrekter Entschädigung für alle Betroffenen zu kombinieren. Die NZZ hat den Brief nicht veröffentlicht, die rechte deutsche FAZ berichtet über ihn. So weit sind wir schon. Österreich geht seit dem letzten Samstag genau diesen Weg. Am 6. Dezember 2020 steht fest, wer recht hatte, Finanzminister Ueli Maurer, der behauptet, ein neuer Lockdown sei nicht finanzierbar. Oder Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, der durchgreift. Wetten, dass die Ösis diesmal besser sind?

**ERKENNTNIS 3:** Weltweit haben die Länder dieser Welt rund 25 Milliarden Franken

investiert, damit staatliche, parastaatliche und private Unternehmen in Konkurrenz zueinander möglichst schnell einen Impfstoff entwickeln. Denn normalerweise dauert es zehn Jahre, bis ein neuer Impfstoff auf den Markt kommt.

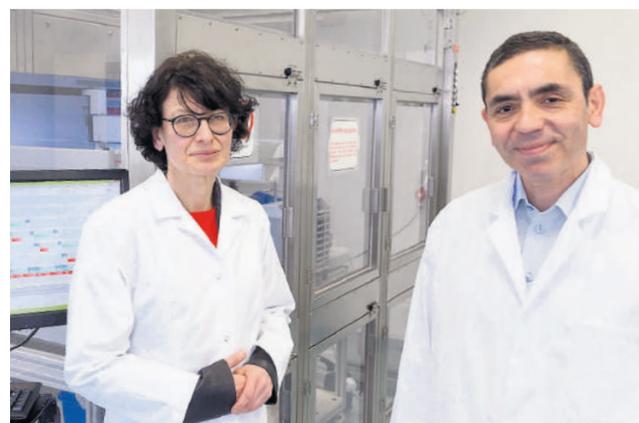
**ERKENNTNIS 4:** Die Forscherinnen und Forscher waren und sind mit unterschiedlichen Ansätzen unterwegs: mRNA-Impfstoffe, Vektor-Viren, Proteinbasierte sowie Tot-Lebend-Impfstoffe. Die meisten von uns – der Schreibende eingeschlossen – verstehen wahrscheinlich im ersten Anlauf nur Bahnhof.

**ERKENNTNIS 5:** Als die Abwahl von Donald Trump feststand, meldeten die Unternehmen Biontech und Pfizer nie für möglich gehaltene Erfolge: Ihr mRNA-Impfstoff schützt mehr als 90 Prozent der Geimpften. Nebenwirkungen seien klein und deshalb vernachlässigbar. Die Produktion werde noch dieses Jahr mit 50 Millionen Impfdosen anlaufen. Die Materialkosten würden sich pro Person unter 40 Franken bewegen. In wenigen Monaten könne man 70 Prozent der Deutschen impfen.

**ERKENNTNIS 6:** Wenn Donald Trump am 20. Januar 2021 die Präsidentschaft an Joe Biden übergeben muss, werden absehbar bereits 30 Millionen Menschen in den USA geimpft sein. Im Sommer 2021 soll der Corona-Spuk vorbei sein.

**ERKENNTNIS 7:** In fast keinem anderen Land der Welt ist die Impfskepsis so gross wie in der Schweiz. Leider fordern wenige einen Impfwang. Vielleicht löst sich das

**SIE STEHEN HINTER BIONTECH: Ugur Sahin und Özlem Türeci, ein deutsches Ärzte- und Unternehmerehepaar türkischer Herkunft.** FOTO: ZVG



Problem spielerisch. Die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin fordert, dass alle, die ins Ausland reisen, und alle, die wieder fliegen wollen, geimpft sein müssen. Selbst die Swiss geht in diese Richtung. Der Impfpass als Spasspass.

**ERKENNTNIS 8:** Die Manager der Pharmakonzerns Roche und Novartis haben versagt, obwohl niemand besser bezahlt wird als sie. Sie hätten eine Zusammenarbeit mit Firmen wie Biontech realisieren müssen. Stattdessen verkaufte Novartis das Werk, in dem Biontech die Impfstoffe für Europa produzieren wird, an Ugur Sahin und Özlem Türeci, ein deutsches Ärzte- und Unternehmerehepaar türkischer Herkunft. Dümmer geht nimmer.

**ERKENNTNIS 9:** Die Prozesse rund um die Entwicklung des neuen Impfstoffs legen

nahe, dass wir wahrscheinlich am Beginn einer neuen Produktionsweise stehen, welche die Produktivkräfte entfesselt. Im nächsten Schritt sollten die Staaten Geld aufwerfen, damit endlich Antibiotika entwickelt werden, die gegen alle Bakterien wirken.

Der deutsche Professor für Wirtschaftswissenschaft Axel Ochenfels denkt schon weiter: «Auktionen könnten Unternehmen belohnen, die ambitionierte Kostenziele für grüne Technologien unterschreiten. Das Ziel ist, durch Kreativität und Wettbewerb (irgend)eine grüne Technologie so günstig zu machen, dass fossile Brennstoffe wertlos werden. Sobald dies gelingt, ist es fortan im Eigeninteresse aller Länder und Unternehmen, die fossilen Ressourcen in der Erde zu lassen. Internationale Kooperation ist dann überflüssig.»

## LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/oesis](https://rebrand.ly/oesis)  
Für die verbohrtete alte NZZ greift Österreich zum «Vorschlaghammer».

● [rebrand.ly/hysteriker](https://rebrand.ly/hysteriker)  
Für Kanzler Kurz gilt: Jeder soziale Kontakt ist einer zu viel. In den Augen von Ueli Maurer auch so ein Corona-Hysteriker.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT

Mich erzürnt die Untertanenmentalität des Bundesrates. Wirtschaftsminister Guy Parmelin diffamiert die von den Jungen Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eingereichte Kriegsgeschäftsinitiative: «Diese

**9,9 Milliarden Franken haben Schweizer Finanzinstitute 2019 in Firmen investiert, die Kriegsmaterial herstellen.**

Initiative ist ineffizient, nutzlos und gefährlich für die Schweizer Wirtschaft»

(Tribune de Genève). Und im Westschweizer Fernsehen fügte er hinzu: «Die Initiative verhindert die lukrativen Geschäfte der Pensionskassen und droht die Renten zu senken.» Dümmer geht es nicht mehr!

**WAS WILL DIE INITIATIVE?** Am 29. November stimmen wir darüber ab, ob der Nationalbank, der AHV, der Invalidenversicherung und den 1562 Pensionskassen verboten wird, in Firmen zu investieren, die Kriegsgeräte herstellen. Als Herstellerin von Kriegsgeräten gilt dabei jede Firma, die mehr als fünf Prozent ihres jährlichen Umsatzes mit Waffenproduktion erzielt. Betroffen wären damit auch Firmen, die zugleich zivile Produkte und Kriegsmaterial herstellen. Als Investitionsvehikel gelten sowohl Direktinvestitionen als auch Investitionen über Fonds, die Beteiligungen an Herstellern von Kriegsmaterial halten.

Die heute bereits bestehende Gesetzgebung verbietet jegliche Finanzierung der Produktion von Waffen, die völkerrechtlich geächtet sind. Also Atombomben, Antipersonenminen und Splitterbomben. Sie werden mit einem skurrilen Ausdruck als «inhumane» Waffen bezeichnet. Trotzdem investiert die Nationalbank Hunderte Millionen Franken in die Fabrikation von Nuklearwaffen. Ihre fadenscheinige Rechtfertigung: Sie unterstütze nur diejenigen Produzenten, die ausschliesslich an die Staaten liefern, die dem Atomwaffensperrvertrag unterstehen.

Nationalbank, AHV/IV und die Pensionskassen sind mächtige Finanzinvestoren. 2019 verwaltete die Nationalbank 816 Milliarden Franken, die AHV/IV 34,6 Milliarden und die Pensionskassen 876 Milliarden.

**BLUTGELD.** Private Banken und Versicherungen sind von der Initiative nicht betroffen. Sie fordert nur, dass der Bund sich in Zukunft um die Kontrolle dieser Unternehmen kümmert. Zur Abklärung der gegenwärtigen Lage haben die Initiatoren niederländische Experten beauftragt. Deren Resultat: Im letzten Jahr haben 113 schweizerische Finanzinstitute 9,9 Milliarden Franken in Firmen investiert, die Kriegsmaterial herstellen. Der Anteil der öffentlichen Institute ist bedeutsam: Allein die Nationalbank hatte 1,8 Milliarden Franken in Aktien und Fondsanteilen von Waffenfabriken in ihren Büchern. Laut Uno-Statistik haben im vergangenen Jahr 18 «Kriege niederer Intensität» – das sind Kriege mit weniger als 10 000 Toten – die Welt verwüstet. In vielen Fällen starben Menschen durch Waffen, deren Produktion auch mit Schweizer Geld finanziert wurde. Am 29. November haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Gelegenheit, den Fluss dieses schweizerischen Blutgeldes zu stoppen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Coronakrise: 1 Milliarde für Härtefälle

# Bundesrat kommt in die Hufe (ein bisschen)

**Es hat gedauert, doch jetzt spricht der Bundesrat eine Milliarde für einen Corona-Härtefallfonds. Und macht einige Fehler des Frühlings rückgängig. Doch das reicht noch nicht.**

CLEMENS STUDER

Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat die Schweiz heftig im Griff. Auch wenn das die meisten Deutschschweizer Kantone noch verdrängen möchten. Das schafft enorme wirtschaftliche Probleme. Während in Kantonen mit härteren Anti-Corona-Regimen die Entschädigung der ge-

**Neuste Bundesratsentscheide gestehen die Fehlentscheide vom Frühling ein.**

schlossenen Betriebe relativ klar ist, leiden immer mehr Betriebe unter den Einschränkungen, die ohne offiziellen Lockdown verhängt wurden. Etwa Restaurants und Bars: Die Leute gehen zwar weniger hin, gleichzeitig können sie aber nicht schliessen. Das rechnet sich nicht.

Inzwischen ist die Schweiz zum europäischen Corona-Hotspot geworden. Dies vor al-

lem auch, nachdem die rechten Parteien, Kantone und einfältigeren der Wirtschaftsverbände im Frühling eine Blitzöffnung aus dem Lockdown durchgesteuert haben. An manchen Tagen sind alle zertifizierten Betten auf den Intensivstationen belegt. Die Ansteckungszahlen verharrten im vierstelligen Bereich. Die Spitaleinweisungen steigen. Die Todesfälle auch. Das Contact-Tracing bleibt ein schönes Konzept. Kurzum: Seit der Bundesrat die Pandemiebekämpfung an die Kantone delegieren musste, läuft die Situation an praktisch allen Fronten aus dem Ruder.

### RICHTUNG STIMMT

So gesehen können die neusten Entscheide des Bundesrates jetzt als unausgesprochenes Eingestehen der Frühlingfehler verstanden werden. Aber auch als Versuch, zumindest noch schlimmere wirtschaftliche Folgen der Coronakrise zu mindern. Statt 400 Millionen stehen jetzt eine Milliarde Franken für die Milderung von Härtefällen zur Verfügung. Über die ganze Summe gesehen übernimmt der Bund zwei Drittel und die Kantone einen. Für die Ausgestaltung der Fondsauszahlungen sind die Kantone zuständig. Es braucht keine Kristallkugel, um vorzusehen, dass es da zu massiven Ungleichbehandlungen von Branchen kommt. Innerkantonale und im kantonalen Vergleich. Ausser-

dem will der Bundesrat einige Massnahmen wieder in Kraft setzen, die wegen der Haurucköffnung im Frühling aufgehoben wurden. Unter anderem:

- Das Recht auf Kurzarbeitsentschädigung wird auf Auszubildende und befristete Verträge ausgeweitet.
- Die Karenzfrist, also die Wartezeit bis zum Erhalt der Entschädigung, wird abgeschafft.
- Maximale Dauer der Kurzarbeit für Ertragsausfälle von mehr als 85 Prozent wird abgeschafft.

### ES REICHT NICHT

Das alles ist sinnvoll und hilfreich. Aber es reicht längst nicht. So haben Lohnabhängige in Kurzarbeit immer noch nur 80 Prozent ihres Lohnes zur Verfügung. Das ist gerade für Geringverdienende ein persönliches Drama. Oft bleiben nur noch 3000 Franken und weniger zum Leben. Das ist aber auch gesamtwirtschaftlich ein Unding: gerade in einer Krise wäre es zentral, die Kaufkraft zu erhalten. Denn 20 Prozent weniger im Portemonnaie heisst auch, 20 Prozent weniger Geld, das ausgegeben werden kann.

### SPORT HAT'S GUT

Neben den Banken, die gut von Ueli Maurers (vermeintlich für die KMU gedachten) Kreditprogramm profitieren, hat ganz of-

fensichtlich auch der Profisport eine exzellente Lobby im Bundeshaus. Als zweite Branche profitieren die Spitzenclubs im Fussball und Eishockey von einer Sonderbehandlung. Also jene Unternehmen, in denen auch mittlere sechsstelligen Jahreslöhne keine Seltenheit sind. Sie erhalten vom Bund zwei Drittel der Ticket-Einnahmen der vergangenen Saison ersetzt. Weil sie faktisch nur noch Geisterspiele austragen können. Das ist ihnen ja zu gönnen. Aber: Davon können Kulturveranstalterinnen und -veranstalter nur träumen. Wenn sie überhaupt noch zum Schlafen kommen über all den Sorgen um ihre faktisch seit Monaten stillgelegten Lokale.

## workfrage: Braucht die Schweiz jetzt einen zweiten Lockdown?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

## Wo wir auch hinschauen: Lockdown!

Die Schweiz hat national die zögerlichste Corona-Bekämpfung in ganz Europa. Weicher noch als das bei Corona-«Skeptikern» einst so beliebte Schweden. Wie lange das noch so bleiben kann, ist äusserst fraglich. Sämtliche Covid-Eckdaten sind schlimmer als bei unseren Nachbarn, die entschlossen handeln.

**ZUM BEISPIEL ÖSTERREICH:** Bundeskanzler Sebastian Kurz sagte: «Treffen Sie niemanden! Jeder Kontakt ist einer zu viel!» Und schickte sein Land bis zum 6. Dezember in einen knallharten Lockdown. Die Wohnungen dürfen nur noch aus triftigen Gründen verlassen werden. Zwischen 20 Uhr abends und



**MAURER & KURZ: In Sachen Corona zieht Maurer den Kürzeren.**

6 Uhr morgens gilt eine faktische Ausgangssperre. Alle Veranstaltungen in Kultur, Sport

und Freizeit sind abgesagt. Hotels und Restaurants sind geschlossen. Handel und Dienstleistungsbetriebe offen. Betroffene Unternehmen bekommen vom Staat 80 Prozent ihrer Umsätze erstattet, die sie im November 2019 erzielt haben.

### ZUM BEISPIEL DEUTSCHLAND:

Die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel fährt das Land für mindestens einen Monat massiv runter. Die ganze Gastronomie ist zu, touristische Angebote verboten. Auch alle Freizeitangebote wie zum Beispiel Museen, Kinos und Freizeitparks. In der Fussball-Bundesliga gibt's nur noch Geisterspiele. Das alles wirt-

schaftlich abgesichert für die betroffenen Firmen und Selbständigen, wenn auch nicht vollumfänglich. Und wenn die Zahlen nicht sinken, sind weitere Einschränkungen schon angekündigt.

### ZUM BEISPIEL ITALIEN:

Norditalien gilt als «rote Zone». Alle Läden sind zu, ausser den Lebensmittelgeschäften. Im ganzen Land gilt eine nächtliche Ausgangssperre von 22 bis 5 Uhr. Freizeiteinrichtungen sind geschlossen. Die Platzzahl im öffentlichen Verkehr halbiert. Je nach regionalen Fallzahlen gelten für die Gastronomie unterschiedlich massive Einschränkungen. CLEMENS STUDER



ROBERT GRIMM: SRF-Dok macht den Generalstreik-Organisator und Antifaschisten zum Nazi-Freund. FOTO: SRF

## Christoph Blocher über die Nazi-Chemiker in Ems: «Ganz tüchtig Sauchaibe»

Ein brisanter SRF-Dok über die Ems-Chemie zeigt braune Flecken in der Firmengeschichte. Leider nicht alle. Stattdessen macht der Film ausgerechnet den Antifaschisten und SP-Nationalrat Robert Grimm zum grossen Nazi-Kollaborateur.

JONAS KOMPOSCH

Düstere Filmmusik, ein verdunkelter Raum und mittendrin ein einziger Stuhl – darauf Platz nimmt ein alter Mann: Christoph Blocher. Der SVP-Übervater ist sichtlich irritiert über die inszenierte Verhöratmosphäre und fragt: «Hocke ich im Halbdunkeln? Ist das halbkriminell, oder was?» So beginnt der neue SRF-Dok «Ems-Chemie – dunkle Helfer nach dem Zweiten Weltkrieg». Darin beleuchtet der SRF-Dokfilmer mit SVP-Drill, Hansjürg Zumstein, die Geschichte des grössten Industriebetriebs Graubündens. Und zwar, weil in diesem auch Nazi-Verbrecher mitmischten. Was der ehemalige Ems-Chef und Hobbyhistoriker Blocher zwar weiss, aber in Firmenpublikationen bisher stets verschweigen liess und nun sein Unbehagen vor der Kamera mit Sprüchen zu überspielen versucht. So zum Beispiel mit dieser bemerkenswerten Aussage: Es seien zwar «Sauchaibe» gewesen, aber dafür «ganz tüchtige», und in der Industrie arbeite man halt auch mit «Sündern» zusammen. Nazi-Verbrecher als Sünder?

Neu ist der Filminhalt nicht, sondern seit dem Bergier-Bericht von 2002 bekannt: Nach dem Zweiten Weltkrieg holte der Blocher-Vorgänger Werner Oswald, Chef der damaligen Holzverzuckerungs AG (Hovag), diverse deutsche Fachkräfte nach Ems. Und zwar solche, die im nationalsozialistischen Regime teils hohe Posten innehatten. Damals eine weit verbreitete Praxis.

Dazu Historiker Lukas Straumann im Film: «Ab Mai 1945 gab es einen internationalen Run auf die deutschen Wissenschaftler und Techniker.» Was der SRF-Dok interessanterweise aber nicht zeigt: Viele dieser Fachleute wurden aus der DDR abgezögelt (siehe die brisanten Recherchen von Martin Kreuzberg rechts).

### VON AUSCHWITZ NACH EMS

Den Anfang machte der gefragte Chemiker Johann Giesen. Er war im Dritten Reich Werksdirektor des «arisierten» IG-Farben-Konzerns und leitete die Planung einer Chemiefabrik, die dem Vernichtungslager Auschwitz angeschlossen war. Vermittelt worden war der Nazi-Chemiker vom ehemaligen SS-Hauptsturmführer Ernst Rudolf Fischer. Dieser hatte sich kurz vor Kriegsende in die Schweiz abgesetzt. Und zwar zusammen mit SS-Mann Friedrich Kadgien, dem wichtigsten Finanzjongleur und Diamantenschieber Hitlers. Und hier kommt Robert Grimm ins Spiel, der legendäre Landesstreikführer und SP-Nationalrat.

Grimm war nämlich 1939 zum Chef des kriegswirtschaftlichen Amtes «Kraft und Wärme» ernannt worden. Ein unbeliebter Job, bei dem man nicht anders konnte, als sich die Hände schmutzig zu machen. Seine Aufgabe: den heimischen Nahrungs- und Treibstoffbedarf sicherstellen. Nur war die Schweiz ab 1942 ganz von faschistischen Truppen umschlossen. Ohne Deals mit den Achsenmächten waren die nötigen Importe daher unmöglich. Und so wurde ausgerechnet der überzeugte Antifaschist Grimm zum Verhandlungspartner von SS-Finanzmann Kadgien. Ein gefundenes Fressen für einen Doku-Thriller.

### SP-GRIMM FÜR SS-BANDE?

Aber auch eine Steilvorlage für wacklige Thesen. So kritisiert der

Historiker und Grimm-Experte Adrian Zimmermann: «Die im Film aufgestellte These, Grimm habe den Kontakt von Oswald und Giesen vermittelt, überzeugt nicht. Sie beruht weitgehend auf Mutmassungen und zumindest in einem Fall auf der Fehlinterpretation einer Quelle.» Tatsächlich verschickte SP-Mann Grimm ein Telegramm für eine Sitzung mit Giesen. Was der Film aber nicht sagt: Das Dokument stammt aus dem Jahr 1952, also aus einer Zeit, als Giesen längst in Ems angestellt war.

Dennoch behauptet der Film, Grimm habe seine schützende Hand über diverse Nazis gehalten. Denkbar ist das zwar, weil Gewerk-

### Die Grimm-These im Dok ist gesucht und wacklig.

schafter Grimm damit möglicherweise die 1000 Emser Arbeitsplätze sichern wollte, aber die angeführten Dokumente beweisen es nicht. Denn sie wurden nicht von Grimm selbst verfasst, sondern von Agenten der damals äusserst nazifreundlichen Bundespolizei. Oder von Schweizer Anwälten und Geschäftspartnern der Nazis. Hier zieht der Film vorschnell Schlüsse. Umso gesuchter wirkt der alleinige Fokus auf den SP-Mann. Mit keinem Wort erwähnt wird etwa jener flüchtige Schwerverbrecher und Ems-Berater, den Spitzenpolitiker von CVP, SVP und FDP jahrelang erfolgreich protegiert hatten: Waldemar Pabst, seines Zeichens Wehrwirtschaftsminister unter Hitler und stolzer Organisator des Doppelmordanschlags auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Jahr 1919. Pabst war in den 1960er Jahren für die Ems-Vorgängerfirma Patvag AG tätig. Und zwar als hinterlistiger Wafenhändler für Emser Produkte wie «Opalm», einen Brandkampfstoff stärker als Napalm.

# Ems-Chemie: Am Anfang Der Kommun

11 bis 12 Milliarden Franken schwer war das Vermögen des Blocher-Clans 2019. Jetzt zeigen brisante Recherchen: Der Reichtum der SVP-Kommunistenfresser-Familie fusst ausgerechnet auf «Importen» aus der sozialistischen DDR.

MARTIN KREUTZBERG

Nylonstrümpfe «ohne Naht» und Perlonhemden «bügelfrei und pflegeleicht»: es war eine regelrechte Kulturrevolution in der Mode der 1950er Jahre. Entwickelt und zur Produktionsreife gebracht wurden die neue Wunderfasern Nylon und Perlon als Ergebnis langjähriger aufwendiger und kostspieliger Forschungsarbeit der Konzerne Dupont in den USA und IG Farben in Deutschland. Der Beginn der modernen Kunststoffchemie. Und dann erscheint 1953 urplötzlich das Konkurrenzprodukt Grilon auf dem Weltmarkt. Hergestellt von einer in der Branche völlig unbekanntem Holzverzuckerungs AG aus Domat/Ems, Graubünden, Schweiz. Die Welt staunte nicht schlecht. Denn Holzverzuckerung (also die Gewinnung von Glucose aus Holz) hat mit Kunststoffchemie ungefähr so viel gemeinsam wie eine Dampfmaschine mit einem Laptop. Trotzdem begann damals der steile Aufstieg der Ems-Chemie zum milliardenschweren Weltkonzern.

### MÄRCHEN MADE IN SWITZERLAND

In Graubünden gibt es bis in die 1940er Jahre nichts als reine, unberührte Landschaft. Zwar hatte schon in den späten dreissiger Jahren der Industrielle Werner Oswald die Absicht, das in Graubünden reichlich vorhandene Holz mittels Verzuckerung zu Alkohol und dann zu Treibstoff zu verarbeiten. Technisch nichts Neues, ein einfaches chemisches Verfahren, jedoch kostenaufwendig und wirtschaftlich unrentabel. Das ändert sich schlagartig mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Die Schweiz, ein Land ohne eigene Öl- und Kohlevorkommen, ist zu 100 Prozent auf den Import von Treibstoffen angewiesen. Und der ist jetzt nicht mehr garantiert. Für seine Armee braucht das Land aber unbedingt eine gesicherte Treibstoffversorgung. Und so bekommt Oswald seine Fabrik. Geld spielt keine Rolle, der Staat zahlt. In wenigen Monaten werden 1941 in Domat/Ems nicht nur die Fabrikanlagen für die Holzverzuckerung, sondern auch Wohnhäuser und Strassen aus dem Boden gestampft. Für Werner Oswald ein profitables Geschäft, dessen Ende bei Kriegsende allerdings absehbar ist: ein Auslaufmodell, ohne wirtschaftliche Perspektive, auf massive staatliche Unterstützung angewie-



EINE SCHRECKLICH REICHE FAMILIE: Markus, Silvia,

sen. Und als in einer Volksabstimmung dann die Schweizer Stimmenden die «Gewährung einer Hilfe an die Holzverzuckerungs AG» wuchtig ablehnen,

### Sie holten nicht nur Wissen und Spezialisten aus der DDR nach Ems, sondern die Blaupausen für eine komplette Fabrik.

scheint das Aus für Oswalds Hovag AG und sein teures «Emser Wasser» unausweichlich. Doch der hatte vorgesorgt – als Geheimdienstler.

### NUTZEN DER GEHEIMDIENSTE

Werner Oswald hat im Zweiten Weltkrieg eine wichtige Position im Schweizerischen Nachrichtendienst inne. Dessen Aufgabe ist unter anderem die Beschaffung von militärischen, aber auch wirtschaftlichen Informationen aus Nazi-Deutschland. Von besonderem Interesse für Oswald ist die Treibstoffherstellung auf synthetischer Basis, ein Gebiet, auf dem die deutsche Chemie weltweit führend ist. Dabei stösst Geheimdienstler Oswald auf den Namen Johann Giesen. Dieser ist

## Und sie kann es doch: Packende SRF-Serie über die Schweizer Nachkriegszeit

Es ist der Sommer 1945. In Europa ist nach sechs fürchterlichen Kriegsjahren endlich Frieden eingeleitet. Doch ein einflussreicher Nationalrat sagt: «In der Schweiz hat der Krieg gerade erst begonnen.» Wie bitte? Die SRF-Serie «Frieden» zeigt in einer brillanten sechsteiligen Serie, was damit gemeint ist.

Im Zentrum stehen zwei Familien, durch Heirat verbunden. Die Braut: Klara Tobler, Tochter aus gutem Textilfabrikanten-



FRIEDENSTAUBE: Geboren aus Raubgold. FOTO: SRF

Hause. Der Bräutigam: Johann Leutenegger, übernimmt vom Schwiegervater die Fabrik und trimmt sie auf synthetische Fasern, mit dem Wissen eines Nazi-Chemikers, fi-

nanziert durch geraubte jüdische Vermögen. Gattin Klara – hervorragend gespielt von Annina Walt – betreut mit viel Hingabe in einem Heim Buben aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Während ihre Mutter, eine vehemente Antisemitin, mit einem Nazi anbändelt, der Raubgold in die Schweiz schmuggelt. Zugleich jagt Johanns Bruder als Bundespolizist untergetauchte Nazis und wird von schrecklichen Erlebnis-

sen als Aktivdienstler an der Front gequält.

FESSELND. «Frieden» ist ein Geschichts-Konzentrat, wirkt jedoch nie unglaubwürdig. Denn Autorin Petra Volpe («Die göttliche Ordnung») hat genau recherchiert. Und zeichnet ein ehrliches und differenziertes Bild der Schweiz in der Nachkriegszeit. Die Serie ist keine leichte Kost, doch sie lässt einen nicht mehr los. (asz)

Zu sehen auf [srf.ch/play/tv](http://srf.ch/play/tv) bis am 8.12.



Johann Giesen leitete im Zweiten Weltkrieg das Methanolwerk Auschwitz-Monowitz.



Herstellung von Grilon-Fäden.

# stand der Know-how-Raub aus der DDR ismus machte Blochers reich



## MARTIN KREUTZBERG PACKENDE RECHERCHE

Martin Kreutzberg ist Dramaturg, Regisseur und war Intendant unter anderem am Maxim-Gorki-Theater in Berlin, am Stadttheater Bern, am Staatstheater Nürnberg und am Schauspielhaus Zürich. Er ist Autor von Dokumentarfilmen für die ARD und Arte und lebt in Zürich.

**ZUFALL.** Zur Recherche über die Ems-Chemie kam er per Zufall, wie er work erzählt: «Eines Tages liess mich ein Verwandter in das Privatarchiv seines Vaters schauen. Und was ich da sah, elektrisierte mich augenblicklich: eine eigentlich unglaubliche Geschichte, die sich ein Thrillerautor hätte ausdenken können, wäre sie nicht wahr. Nun kenne ich beide Seiten: das offizielle Image der Schweizer Vorzeigefirma Emser Werke und, aus eigenem Erleben, den Weg, auf dem die DDR ärmer und ärmer wurde.»



Martin Kreutzberg.

zuer Vorzeigefirma Emser Werke und, aus eigenem Erleben, den Weg, auf dem die DDR ärmer und ärmer wurde.»

Christoph, Magdalena, Rahel und Miriam Blocher (von links). Im Hintergrund eine Aufnahme der Emser Werke (damals Holzverzuckerungs AG) aus den 1950er Jahren. FOTO: SOZIALARCHIV/ZVG

Generaldirektor der IG Farbenwerke Leuna, dem Zentrum der deutschen Synthesetreibstoffproduktion.

Während des Zweiten Weltkrieges ist Giesen oft auf Reisen. Meistens in Richtung Osten, ins nazibesetzte südpolnische Monowitz. Seine Aufgabe: Er soll dort eine neue Anlage zur Methanolherstellung bauen. Methanol ist kriegswichtig, unabdingbarer Grundstoff für die Herstellung von Flugzeug- und Raketentreibstoffen. Ohne Methanol keine «Messerschmidt 163» und keine «V2-Rakete».

1944 produziert das von Giesen geplante und in Sklavenarbeit von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz errichtete IG Farbenwerk 15 Prozent der gesamten deutschen Produktion. Für Generaldirektor Giesen ein Erfolg.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird Giesen im Nürnberger «IG Farben»-Prozess vernommen: «Von Menschenvernichtungen oder ähnlichen Untaten an den Konzentrationslager-Häftlingen

habe ich in Auschwitz nie etwas erfahren...», gibt er zu Protokoll!

Giesen wird darauf die Leitung des ehemaligen IG-Farbenwerkes im westdeutschen Urdingen übertragen. Eine ganz normale Nachkriegskarriere eines deutschen Wissenschaftlers. Bis Ende 1949. Dann gibt es einen Knick: Giesen wird fristlos entlassen. Wegen «Verrats von Fabrikationsgeheimnissen». Giesen hatte Techniker zu Werner Oswald nach Ems geschickt, die dort die

### Mit dem Technologie-Klau war der Grundstein der späteren Ems-Chemie gelegt.

erste Produktionsanlage der Polymerchemie in Betrieb setzen. Für Giesen bedeutet seine Entlassung nur den Beginn einer zweiten Karriere. Denn kurze Zeit später siedelt er in die Schweiz um und wird von «Hovag AG»-Oswald im Bündner Schloss Haldenstein einquartiert. Der neue Forschungsleiter hat nur eine Aufgabe: Er

soll den Wechsel von der primitiven Technologie der Holzvergärung direkt zur hochmodernen Kunststoffchemie herbeiführen – ein Quantensprung, und zwar schnell.

### DIE RUCKSACKUNTERLAGEN

Doch dafür braucht's Fachleute, Spezialisten auf allen Gebieten der Polymerchemie. Davon gibt es nicht viele. Schon gar nicht in der Schweiz. Aber Giesen weiss, wen er braucht und wo sie zu finden sind: in Halle-Leuna. Bei den Kommunisten in der DDR.

Nur ums Geld, nur um Profit ging es beim Aufstieg der heutigen Emser Werke. Hier wurden gezielt ostdeutsche Wissenschaftler und Techniker abgeworben, um sich durch den «Verrat von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen» wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Eigentlich strafbar, auch in der Schweiz.

Als erstes holt Giesen Anfang der 1950er Dr. Kahr nach Ems, Leiter der Caprolactamfabrik in Halle-Leuna, und seinen Oberingenieur Karl Mayer. Beide bringen nicht nur ihr Wissen, sondern auch eine komplette Sammlung von Plänen mit. Quasi die Blaupausen für eine komplette Fabrik aus Leuna.

Diese Dokumente sind in Ems bis heute unter dem Namen «Rucksackunterlagen» bekannt. Unter der Leitung dieser beiden DDR-Fachleute werden in Ems zügig die technischen Anlagen zur Herstellung von Caprolactam, dem Grundstoff für Perlon, gebaut, das in Ems dann den Markennamen Grilon erhält. Mit diesem Technologie-Klau aus der DDR war

der Grundstein der späteren Ems-Chemie gelegt.

Damit aber nicht genug. Denn Oswald und Giesen denken voraus: Wenn man schon durch den Import der ostdeutschen Experten in den Besitz der wissenschaftlichen Grundlagen zur Herstellung der neuen Wunderfaser gelangt war, warum dann nicht auch die Spezialisten für ihre Verarbeitung holen? Und die sitzen auch in der DDR, in Schwarzta, Thüringen.

Experte auf diesem Gebiet ist zum Beispiel ein Dr. Köching. Mit ihm soll sich auch Ingenieur Johann Lesche auf den Weg nach Ems begeben. Doch diesmal klappt es nicht.

Die DDR-Behörden haben durchaus registriert, dass da eine gezielte Abwerbung aus der Schweiz stattfindet. Auch der Name von Ex-IG-Farben-Mann Johann Giesen ist ihnen natürlich nicht unbekannt. So kommt es, dass Lesche verhaftet wird beim Versuch, die DDR unter Mitnahme einschlägiger technischer Dokumente zu verlassen. Dies trotz offener Grenze. Er muss eine längere Zuchthausstrafe absitzen und kann so erst mit Verspätung das ostdeutsche Wissenschaftler-Kontingent in Ems verstärken.

Die nächste Welle im Know-how-Transfer aus der DDR beginnt schon 1957: Diesmal sind eher Grundlagenforscher gefragt. Und zwar aus dem Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR in Teltow bei Berlin. Fast ein halbes Dutzend Spezialisten machen sich auf den Weg nach Ems. Ihnen folgt, Ende der fünfziger Jahre, die

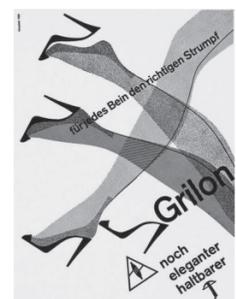
dritte Welle: Es kommen junge Chemiker, die bereits in der DDR ausgebildet wurden. Unter anderem der Götlibub von Johann Giesen, Dr. Baumann. Der wirbt seinen Studienfreund Hoppe an, dieser den frisch promovierten Chemiker Achim Schultze.

### DÉJÀ-VU IN EMS

Als Dr. Schultze seinen neuen Arbeitsplatz in der Forschungsabteilung der Ems-Chemie, wie die Hovag AG jetzt heisst, betritt, hat er ein regelrechtes Déjà-vu: Das, was er da sieht, kennt er doch! Plötzlich hat er das Gefühl, wieder in seinem alten volkseigenen Betrieb, dem VEB Leuna-Werke «Walter Ulbricht», zu sein. Die Lactamfabrik, die Büro- und Laborgebäude – alles praktisch Kopien von Leuna.

Die Übereinstimmung reicht bis in Details des Treppenaufganges, sogar der Toiletten. Und er trifft in Ems auf viele Fachkollegen aus Leuna. Stolz nennen sie sich die «Leuna-Fraktion». Sie alle sind mit ihren Spezialkenntnissen dafür vorgesehen, die neuen Verfahren der Kunststoffchemie in Ems weiterzuentwickeln. Im Ergebnis mit durchschlagendem Erfolg.

In den folgenden Jahren entsteht so, nicht zuletzt dank dem steten Know-how-Abfluss aus der DDR – Juristen könnten das auch «Verrat von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen» nennen – aus einer unbedeutenden kleinen Schweizer Chemieabteilung ein Weltkonzern. So milliarden-schwer wie sein Besitzerclan, die Blochers.



Werbeplakat für Grilon-Strumpfhosen.



Der junge Werner Oswald, Gründer der Hovag.



Nylon-Produktion in den Ems-Chemieanlagen.

## Streik in Italien Fast der ganze Zug

Eine halbe Million Menschen streikten am 13. November in Italien. Frauen und Männer der «Multiservizi», die in Reinigungs- und Hausdiensten tätig sind, in Spitälern, Verwaltungen, Bildungs- und Kulturstätten. Die meisten sind im Stundenlohn angestellt und verdienen gerade mal 7 Euro. Seit sieben Jahren sind ihre Löhne und Zulagen eingefroren. Denn die Ar-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

beitgeber weigern sich, den Gesamtarbeitsvertrag zu erneuern, der für 600 000 Arbeitende gilt. Mit Corona ist die Arbeit in diesen Berufen noch härter geworden: Die Mitarbeitenden sind ohne Unterbruch gefordert, müssen zusätzliche

### Arbeitgeber in Italien weigern sich systematisch, die GAV zu erneuern.

Reinigungen erledigen und sich dabei noch mehr schützen. In der Pandemie wurde erstmals sichtbar,

wie unabdingbar diese Arbeit ist. Systemrelevant. Mehr Lohn oder Boni gibt es dafür dennoch nicht. Im Gegenteil: In den Spitälern bleibt die zusätzliche Arbeit zum Teil unbezahlt. Und gewissen Arbeitnehmenden kürzte man aus Spargründen gar die garantierte Stundenzahl. All das brachte das Fass zum Überlaufen.

**UNSIHTBAR.** 500 000 Menschen legten ihre Arbeit nieder. Trotz beginnender zweiter Coronawelle. Sie folgten einem Aufruf der drei grossen Gewerkschaften CGIL, UIL und CSIL. In über hundert Städten gingen sie auf die Plätze, um gegen die fehlende Anerkennung zu protestieren. «Invisibili e ultimi – mai più!»: Unsichtbar und immer erst zuletzt – nie wieder! Eine Demonstrantin brachte es auf den Punkt: «Man behandelt uns wie das fünfte Rad am Wagen. Wir behaupten nicht, wir seien der ganze Zug. Aber wir sind ein vollwertiger Teil von ihm.»

**DURCHSICHTIG.** Der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der «Multiservizi» ist nicht der einzige, der seit Jahren nicht mehr erneuert wurde. Italien hat zwar ein starkes Kollektivvertragssystem, mehr als 80 Prozent aller Arbeitnehmenden sind ihnen unterstellt. Und die nationalen Verträge werden auf der regionalen und schliesslich der Betriebsebene weiter ausgestaltet. Aber der italienische Arbeitgeberverband Confindustria und sein Präsident Carlo Bonomi weigern sich systematisch, nationale GAV zu erneuern. Sie wollen diese einfrieren und möglichst viel auf die betriebliche Ebene verlagern. Eine durchsichtige Taktik, denn dort sind die Gewerkschaften schwächer.

## UNIA online



### Umfrage zum neuen GAV Coop

2021 wird der neue GAV Coop verhandelt. Arbeiten Sie bei Coop? Ihre Bedürfnisse sind sehr wichtig. Nehmen Sie an unserer Umfrage teil, damit können wir Ihre Forderungen an Coop weitergeben:

[www.unia.ch/coop-umfrage](http://www.unia.ch/coop-umfrage)

# Crypto-Affäre



**CODIERT:** Bei den Chiffriermaschinen der Crypto AG lasen die US-Geheimdienste mit. Die Politik wusste und duldet dies. SCREENSHOT TELE M1

## Crypto-Skandal-Bericht: Die Aufklärung, die keine ist Die Weisswäscher von der «Aufsicht»

Die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments hat im Crypto-Skandal geliefert wie bestellt: Sie entlastet die alten kalten Krieger. Glaubwürdig ist das nicht, dafür erhellend.

CLEMENS STUDER

Darum geht's: Die Zuger Crypto AG verkaufte Chiffriergeräte mit einer «Hintertür». US-Geheimdienste und der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) lasen mit. Und besaßen die Firma gar – über eine Briefkastenfirma in Liechtenstein. Die «Hintertür» der Crypto-Geräte bestand aus absichtlich in den Verschlüsselungs-Algorithmus eingebauten Schwachstellen. Das machte die vermeintlich sicher verschlüsselten Texte für die Geheimdienste CIA und BND offen lesbar. Und die Schweizer Behörden und auch Bundesräte waren spätestens ab 1977 über die Vorgänge informiert. All das steht in den so-

### Auch Teflon-FDP- Mann Kaspar Villiger wird reingewaschen, eigentlich ein Skandal!

nannten Cryptoleaks-Papieren. Mehrere Tausend Dokumente, die dem deutschen Recherchejournalisten Peter F. Müller zugespielt wurden. Er hat sie für das ZDF ausgewertet und sie mit der SRF-Rundschau und der «Washington Post» geteilt. Und im Februar publik gemacht. Bereits 2015 hatte der Journalist und Geheimdienstexperte Frank Garbely im Oberwalliser Oppositionsmagazin «Rote Anneliese» den Fall bis in die heute aktuellen Verästelungen dargestellt.

### WAS DANN GESCHAH:

Nach den Enthüllungen vom Februar war die Sache nicht weiter zu verheimlichen. So wie das in den Jahrzehnten davor immer wieder gelang. Parteien von links bis rechts verlangten jetzt Aufklärung. Sogar eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) stand im Raum. Auch FDP-Präsidentin Petra Güssi zeigte sich dafür offen. Bis sie offenbar gewahr wurde, dass die zentralen «üblichen Verdächtigen» in der Crypto-Affäre zu ihrer Partei gehören: Ex-Bundesrat Kaspar Villiger. Ex-Nationalrat Georg Stucky. Ex-Geheimdienstchef Peter Regli. Alle auch aus anderen Skandalen bekannten Mitglieder des militärisch-industriellen Komplexes der Schweiz, also der engen Verflechtung von Militärapparat, Rüstungsindustrie, staatlicher Verwaltung und Politik. Darum war schon bald keine Rede mehr von einer PUK. Einzig die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) sollte sich mit dem Crypto-Skandal beschäftigen. Also ausgerechnet jene Geheimdienst-«Aufsicht», die nie etwas gemerkt hat. Und wohl vor allem: nichts merken wollte. Weil sie Teil des Systems war und ist. Als eine der ersten Amtshandlungen entzog die GPDel dem vom Bundesrat zur Auf-

arbeitung eingesetzten Alt-Bundesrichter Niklaus Oberholzer die Ermittlungsermächtigung. Um ihn danach als Mitarbeiter wieder zu mandattieren. Folge: Der Bericht des erfahrenen Sumpfaufklärers bleibt geheim.

**WAS JETZT GESCHEHEN IST:** Die GPDel hat geliefert wie bestellt. Ein dünnes Berichtli ([rebrand.ly/crypto-bericht](http://rebrand.ly/crypto-bericht)), das eigentlich alles bestätigt, was über Jahrzehnte enthüllt wurde – zum Beispiel auch von der oppositionellen Linken im Kanton Zug. Und das alles gesundbetet:

- verschwundene Akten,
- vernichtete Akten,
- Mitwisser- und Mittäterschaft der Schweizer Geheimdienste,
- Mitwisserschaft der Politik,
- sabotierte Aufklärung während Jahrzehnten und so weiter und so fort.

Und selbstverständlich wird Teflon-Mann Villiger ebenfalls reingewaschen. Eigentlich ein Skandal! Kritik übt die GPDel dafür ausgerechnet am wackeren Weinbauern und SVP-Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin. Er hatte der Crypto-Nachfolgefirma die Ausfuhrerlaubnis für ihre Geräte entzogen. Kritisiert wird auch die aktuelle VBS-Chefin Viola Amherd. Die hat offensichtlich ein bisschen zu viel auf ihre

### MEHR WISSEN DANK WORK

**Crypto-Skandal:** Jetzt reden die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter [rebrand.ly/ex-mitarbeitende](http://rebrand.ly/ex-mitarbeitende)

**Cryptoleaks:** Der grösste Spionageskandal – und die Schweiz war mittendrin [rebrand.ly/schweiz-mittendrin](http://rebrand.ly/schweiz-mittendrin)

Schlapphüte gehört. Aber, und das dürfte wohl eher der nicht ausgesprochene Grund für die GPDel-Schelte sein: Amherd hatte bereits am 17. Dezember 2019 den Bundesrat darüber informiert, dass man in ihrem Departement in einem alten Archiv Unterlagen zur Crypto AG gefunden habe. Diese wiesen darauf hin, «dass der ehemalige EMD-Vorsteher K. Villiger informiert war». Das gleiche steht auch im geleakten CIA-Papier zur Crypto: «Villiger wusste, wem die Firma gehört.» Nur die GPDel findet da nichts.

### WAS JETZT GESCHEHEN WIRD:

Nichts. Denn der militärisch-industrielle Komplex hat die Schweiz auch im Jahr 2020 noch ziemlich gut im Griff. Die Forderungen von links nach einer PUK werden wirkungslos verhallen.

## 29. November: Schluss mit Zwangsinvestitionen in Waffengeschäfte Machen wir unser Volksvermögen sauber!

**Blutgeld für unsere Renten? Dem will die Kriegsgeschäftsinitiative ein Ende machen. Und das würde erst noch rentieren.**

CLEMENS STUDER

2019 haben Schweizer Firmen Kriegsmaterial im Wert von 728 Millionen Franken exportiert. Während die gesamten Wareneinfuhren der Schweiz nur um drei Prozent anstiegen, erhöhten sich die Kriegsmaterialexporte um 43 Prozent.

728 Millionen Franken sind im Verhältnis zu den gesamten Schweizer Exporten zwar nicht viel. Aber sie sind trotzdem zu viel, weil sie auch in Menschenrechtsverweigerer-Länder gehen wie Bangladesch, Bahrain, Pakistan und den Kofab-Staat Saudiarabien. Und

es kommt dieses Jahr wohl noch schlimmer: Im ersten Halbjahr 2020 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von mehr als 501 Millionen Franken. Trotz Coronakrise töten Schweizer Waffen rund um den Globus.

### FINANCIERS DES TODES

Mindestens gleich schlimm wie die Händler des Todes sind die Financiers des Todes. Milliarden von Schweizer Kapital fließt in internationale Waffenhersteller. Vor allem in die USA. Detailliertere Zahlen hat der kundige work-Autor und Menschenrechtsspezialist Jean Ziegler in seiner Kolumne auf Seite 5 herausgearbeitet. Besonders stö-

rend: auch Milliarden unseres Volksvermögens von



**KRIEGSEXPORTE:** Auch unsere Renten werden dafür missbraucht. FOTO: ZVG

der Schweizer Nationalbank, von unserem zwangsgesparten Pensionskassengeld und auch vom AHV/IV-Ausgleichsfonds werden in Waffenhersteller investiert. Ohne dass wir dazu etwas zu sagen hätten. Dem will die Kriegsgeschäftsinitiative, die von der Gruppe Schweiz ohne Armee und den Jungen Grünen lanciert wurde, ein

Ende machen. Übrigens: Auf die Erträge der Pensionskassen und des AHV-Fonds hat ein Verzicht auf blutige Investitionen keine negativen Auswirkungen. Das zeigen sämtliche Vergleichszahlen der letzten Jahre. Und die Initiative ist ohne grossen Aufwand umsetzbar.

### PROBLEMLOS MACHBAR

Das sagt sogar die AXA, eine der grösseren Schweizer Pensionskassen: «Problemlos machbar», heisst es dort. Neben den Waffendealer-Lobbyisten operiert nur die Schweizer Nationalbank mit Horrorzahlen zu angeblichen Ausfällen. Und weigert sich, diese auch nur ansatzweise zu begründen. Dabei verwaltet ihr von der SVP ins Amt gehievert Präsident Thomas Jordan unser aller Volksvermögen.

**Konzernverantwortungs-Initiative:** Darum hoffen die Kleinbauern in Espinar auf ein Ja am 29. November

# «Sie lassen uns hier langsam sterben»



**UNMENSCHLICHER RAUBBAU:** Besonders Kinder leiden wegen des Bergbaus in ganz Peru häufig an Schwermetallvergiftungen. FOTO: KEYSTONE

**Der Zuger Rohstoffmulti Glencore macht in Espinar, Peru, die Menschen krank. work war vor Ort.**

NICOLE MARON OSCAMAYTA\*

Die Kleinbäuerin Carmen Chambi (47) lebt mit ihrer Familie in der Provinz Espinar, Peru. Die Bergbaugesellschaft Antapaccay baut dort für den Schweizer Rohstoffmulti Glencore Kupfer ab. Dabei werden 17 verschiedene Schwermetalle freigesetzt, die Gewässer und Böden verschmutzen und bei den Menschen zu Organschäden, Lungen- und Prostatakrebs, Osteoporose und Bluthochdruck führen. Chambi sagt: «Sie lassen uns hier langsam sterben, und weder der Staat noch der Konzern übernehmen Verantwortung für unsere Situation.» Wie Chambis Kinder sind sehr viele Kinder in Espinar schon seit der Geburt schwer krank. Chambi sagt: «Unsere Kinder benötigen regelmässig Medikamente und medizinische Behandlung, für deren Kosten wir irgendwie aufkommen müssen.»

Glencore weigert sich, die in einem Rahmenabkommen festgelegten Unterstützungsgelder ausbezahlen. Deshalb haben die Bewohnerinnen und Bewohner von Espinar am 15. Juli 2020 einen unbefristeten Protest ausgerufen. Sie blockierten strategische Hauptverkehrsachsen und veranstalteten friedliche Protestmärsche. Die staatlichen Sicher-



Carmen Chambi.



Vidal Merma.



Deysi Arapa Vargas.



Oscar Mollohuanca.

heitskräfte gingen jedoch mit Gewalt gegen die Demonstrierenden vor und schossen in die Menge. Nur durch Glück wurde diesmal – anders als bei früheren Protesten – niemand getötet. Auch der Journalist Vidal Merma (37), der die Lage in Espinar seit 2005 dokumentiert, geriet in Lebensgefahr. «Die Polizei hat auf mich geschossen, weil ich gefilmt und fotografiert habe, doch zum Glück hat mich die Kugel nicht getroffen. In Peru gibt es keine Pressefreiheit. Die Wahrheit zu berichten ist zu einem Delikt geworden.»

## GLENCORE BEZAHLT NICHT

Die Proteste im Juli 2020 standen auch im Zusammenhang mit der Coronakrise. Während fast sieben Monaten war das Land im Lockdown. Für viele Menschen fiel von einem Tag auf den anderen das gesamte Einkommen weg. Die Regierung versprach Hilfspakete und finanzielle Unterstützung, aber gerade in ländlichen Gebieten kam diese oft nicht an. Deysi Arapa Vargas (22) hat die Proteste mitorganisiert. Sie ist Vorstandsmitglied der Jugendorganisation Fujuk. Vargas sagt: «Die Situation in Espinar war wirklich besorgniserregend, viele Menschen hängten eine weisse Fahne aus dem Fenster, was bedeutete, dass sie Hilfe brauchten, Essen oder Geld.» Deshalb hätten sie von Glencore die Auszahlung der vereinbarten Unterstützungsgelder gefordert. Doch Glencore lehnte die Forderung ab und verteilte stattdessen Essensgutscheine – allerdings erst Monate später. Doch die meisten Leute konnten diese Gutscheine gar nicht einlösen, weil sie

auf dem lokalen Markt, in kleinen Läden oder bei Strassenhändlerinnen und -händlern einkaufen.

«Natürlich sind wir mit diesem Ausgang nicht wirklich zufrieden», sagt Aktivistin Vargas, «aber gerade bei den Jugendlichen hat die massive Polizeigewalt sehr viel Angst ausgelöst. Viele sind traumatisiert und brauchten psychologische Unterstützung, doch die Staatsanwaltschaft hat sich nicht darum bemüht, ihre Aussagen aufzunehmen oder sich sonst irgendwie um sie zu kümmern. Stattdessen haben mir einige Kollegen erzählt, dass sie von der Polizei eingeschüchert worden seien, damit sie keine Anzeige erstatteten.»

## KONZERNE LÜGEN

Metalle wie Gold, Kupfer und Zink, die Glencore auf Kosten von Menschen und Umwelt in Espinar abbaut, landen in unseren Handys, Computern oder Batterien. Die Schweiz ist nebst China, Japan und den USA eine der wichtigsten Abnehmerinnen von Metallen aus Peru – nur schon deshalb ist es an der Zeit, dass Konzerne wie Glencore Verantwortung übernehmen für den irreparablen Schaden, den sie verursachen. Genau dies fordert die Konzernverantwortungsinitiative, über die wir am 29. November abstimmen.

Oscar Mollohuanca (59) ist der ehemalige Bürgermeister von Espinar. Er sagt: «Diese Initiative könnte für ein bisschen mehr Menschlichkeit sorgen». Mollohuanca drohen wegen seiner Teilnahme an den Protesten 20 Jahre Gefängnis und eine Busse von mehr als einer Million Franken. «Die Justiz hier in Peru ist eine Verbündete der Bergbaukonzerne. Wenn wir die Chance hätten, an ein Gericht in der Schweiz zu gelangen, könnten wir darauf hoffen, von Richterinnen und Richtern beurteilt zu werden, die unabhängig und aufgrund von Beweisen urteilen – und Beweise gibt es zur Genüge.» Mollohuanca ist überzeugt, dass die Konzerne ihre Vorgehensweise nicht verändern, solange es keinen echten politischen Wandel gibt. «Die Konzerne werden weiter lügen und internationale Kampagnen machen, in denen sie behaupten, dass hier alles bestens laufe, dass man mit den indigenen Gemeinden harmonisch zusammenarbeite und keine Umweltverschmutzung stattfinde.»

## «Vor einem Gericht in der Schweiz könnten wir auf einen fairen Prozess hoffen.»

OSCAR MOLLOHUANCA, EX-BÜRGERMEISTER VON ESPINAR

überzeugt, dass die Konzerne ihre Vorgehensweise nicht verändern, solange es keinen echten politischen Wandel gibt. «Die Konzerne werden weiter lügen und internationale Kampagnen machen, in denen sie behaupten, dass hier alles bestens laufe, dass man mit den indigenen Gemeinden harmonisch zusammenarbeite und keine Umweltverschmutzung stattfinde.»

\*Nicole Maron Oscamayta ist eine Schweizer Journalistin und Buchautorin. Seit 2017 lebt sie in Peru und Bolivien.

## Darum stimme ich Ja

«Die Konzernverantwortungsinitiative verlangt eine Selbstverständlichkeit: Wenn ein Grosskonzern (KMU sind ausgenommen) Menschenrechte, elementare Arbeitnehmerrechte oder den Umweltschutz missachtet, soll er dafür geradestehen! Wer anständig wirtschaftet, gewinnt! Deshalb sagen wir am 29. November Ja zur Konzernverantwortungsinitiative!

Vania Alleva, Präsidentin Unia



## Krawall-Videos und ein eingeflogener Minister Nur nicht über Menschenrechte sprechen!

Die Gegnerinnen und Gegner der Konzernverantwortungsinitiative sind nervös. Kurz vor dem Abstimmungstermin versuchen sie alles, um vom Thema abzulenken.

CHRISTIAN EGG

Im Berner Luxushotel Bellevue gab Harouna Kaboré seine Abstimmungsempfehlung ab: Die Schweizerinnen und Schweizer sollten die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) ablehnen. Kaboré ist Handelsminister von Burkina Faso. Das westafrikanische Land liegt auf Rang 85 im Korruptionsindex von Transparency International. Bei einem Ja zur Initiative, so der Minister, verliere die Wirtschaft den Anreiz, in seinem Land zu investieren.

Den Minister eingeflogen und den Anlass organisiert hatte die PR-Agentur Furerhugi im Auftrag der Initiativgegner, mit freundlicher Mithilfe von Isabelle Chevalley, Nationalrätin und Vizepräsidentin der Grünliberalen. Sie pflegt enge Beziehungen zur Elite von Burkina Faso, bei Besuchen im Land lässt sie sich gern in Staatskarossen umherfahren. Die gleiche Agentur ist auch für die Propaganda-Website guterpunkt.ch verantwortlich, die einen «Faktencheck» zur Kovi verspricht, in Wahrheit aber nur einseitige Informationen liefert.

Allerdings widersprechen Fachleute Minister Kaboré. Und zwar unisono. Etwa die Schweizer Entwicklungsökonominnen in einer gemeinsamen Stellungnahme: Ja, die Privatwirtschaft sei wichtig für die Entwicklung – aber nur, wenn sie grundlegende Menschenrechte gewährleiste.

**SCHLAGWORTE STATT ARGUMENTE.** Propaganda der übelsten Sorte bieten auch Videos, die in den letzten Tagen und Wochen auf sozialen Medien kursierten. «Welche Kreise unterstützen die Unternehmensverantwortungs-Initiative?» fragt eines davon. Und zeigt Gewaltbilder: verummte Gestalten, die Molotow-Cocktails werfen, umgestürzte und brennende Autos, untermalt von bedrohlicher Musik. «Und solche linken Krawallanten wollen uns jetzt vorschreiben, wie die Schweizer Wirtschaft zu funktionieren habe!» Zum Anliegen der Initiative: kein Wort.

**SIMPLE TAKTIK.** Für Tom Cassee, Sprecher des Initiativkomitees, ist klar: «Die Gegner der Initiative wollen alles, nur nicht über die Menschenrechte sprechen.» Die Taktik: die Leute verunsichern, anstatt sich mit dem Inhalt der Vorlage zu befassen. Cassee sagt, die Konzerne seien nervös, da laut Umfragen eine Mehrheit für die Initiative sei: «Jetzt ist ihnen jedes Mittel recht.»

## Das will die Kovi: Firmen haftbar machen

Die Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) will, dass Schweizer Konzerne für ihre Schäden im Ausland haften. Sie müssen für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung ihrer Tochterfirmen geradestehen. Betroffene sollen in der Schweiz Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können.

**UNIA SAGT JA.** Einfache Zulieferer sind von der Haftung ausgeschlossen. Ebenso ausgenommen sind KMU, ausser sie seien im Rohstoffhandel tätig, der als Hochrisikosektor gilt. In andern Ländern wie Grossbritannien oder Kanada existieren bereits Haftungsklauseln für Konzerne, wie sie jetzt die Konzernverantwortungsinitiative für die Schweiz fordert. Sie wurde 2016 von einem grossen Bündnis von Entwicklungs-, Menschenrechts- und kirchlichen Organisationen eingereicht. Die Unia unterstützt das Volksbegehren und ruft zu einem Ja am 29. November auf. (rh)



FEIERABEND! Ausflug im Rahmen des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses, 1893. Simon Ferdinand (Schwiegersohn August Bebels), Frieda Simon, Clara Zetkin, Friedrich Engels, Julie Bebel, August Bebel, Ernst Schaffer, Regine Bernstein (von links). FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

## Ohne Friedrich Engels kein Marxismus Die zweite Violine war die frühere

**Er hatte Geld, er hatte Zeit, er hatte Bildung: Friedrich Engels' Rolle für die Entwicklung des Marxismus ist zentral. Auch wenn er unterdessen immer noch Karl Marx genannt wird.**

CLEMENS STUDER

In Berlins Mitte steht er neben Karl Marx im Marx-Engels-Forum. Überragt ihn. Fast wie ein Vater, aber zumindest wie ein grosser Bruder steht er neben Marx. Und trotzdem bleibt er der sprachlich Ewig-Nachgestellte: Friedrich Engels. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass er zwei Jahre jünger ist als sein Genosse Marx. Während der kleinbürgerliche Marx zweifellos den besseren öffentlichen Auftritt hinlegte und eine lebende politisch-ökonomisch-journalistische Schreibmaschine war, blieb der grossbürgerliche Engels ein klassischer Intellektueller, der so «nebenbei» noch in 12 Sprachen parlierte und 20 weitere verstand. Dennoch sagte er über sich: «Ich spielte mein ganzes Leben lang die zweite Violine» (siehe Interview rechts).

Doch Engels war früher als Marx, was die Kritik der politischen Ökonomie angeht. Bereits 1844 – vier Jahre vor den europaweit aufflackernden bürgerlichen Revolutionen – veröffentlichte er seine «Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie». Diese waren für Marx zentral für seine späteren ökonomischen Arbeiten. Im Erscheinungsjahr lernten sich Friedrich Engels und Karl Marx in Paris persönlich kennen, bereits zuvor waren sie in regem Briefkontakt gestanden. Und hatten sich einmal kurz gesehen bei einem Besuch von Engels auf der Redaktion der «Rheinischen Zeitung».

### BRANDAKTUELL

Sie schrieben gemeinsam die Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland. Es war der Beginn einer wunderbaren Freundschaft, die die Welt veränderte. Nach dem Beginn der Märzrevolution in Wien und den bürgerlichen

Aufständen in Berlin reisten die beiden nach Köln. Sie nutzten die neu eingeführte Pressefreiheit zur Gründung der «Neuen Rheinischen Zeitung». Marx wurde Chefredaktor, Engels sein Stellvertreter. Eine Konstellation, die sie ihr Leben lang in der öffentlichen Wahrnehmung begleiten wird. Und auch heute noch das Erscheinungsbild der beiden sozialistischen Klassiker prägt. Die legendären «blauen Bände» der Gesamtausgabe heissen MEGA für «Marx-Engels-Gesamtausgabe». Doch trotzdem war es keine Beziehung zwischen Koch und Kellner.

Engels wurde am 28. November 1820 in Barmen (heute Wuppertal) im deutschen Ruhrgebiet geboren. Als Sohn eines Textilfabrikanten. Das Ruhrgebiet war früh industrialisiert, was Engels' spätere Arbeiten prägte. Er besuchte das Gymnasium, bis ihn sein Vater ein Jahr vor der Matura aus der Schule

### Marx – Engels: Keine Beziehung zwischen Koch und Kellner.

nahm. Wegen zu vieler eigenständiger und auftrührerischer Ideen. Friedrich junior musste eine kaufmännische Ausbildung machen. Das Verhältnis zu seinem Vater, einem protestantischen Frömmeler, blieb auf ewig angespannt.

In einem Brief an Marx bezeichnete Engels ihn als «fanatischen und despotischen Alten». Immerhin hatte Engels im Unterschied zu Marx ein nicht selbst erarbeitetes Auskommen, auch wenn ihm sein Vater manchmal die Unterstützung strich, weil er die politischen Ansichten seines Sohnes überhaupt nicht schätzte. Aber Blut ist dicker als Wasser. Was kaum einer so gut wusste wie Friedrich Engels. Seine Untersuchung «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats» (erschienen 1884 in der Schweiz) ist ein grosser Wurf und Klassiker der Soziologie. Die Analyse der Entwicklung der menschlichen Gesell-

schaft. Engels' Feststellungen insbesondere auch zur Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft sind auch heute noch brandaktuell.

### S FÜR SOZIALISMUS

Engels und Marx entwickelten sich zu geistigen Zwillingen – mit einer relativ klaren Arbeitsteilung. Marx beschäftigte sich im Laufe der Zusammenarbeit mit der Ökonomie. Engels mit dem «Rest», der zur Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus nötig war: von der Philosophie über die Staatstheorie zur Wissenschaftstheorie. Unter wissenschaftlichem Sozialismus verstanden Marx und Engels das analytische Rüstzeug, um die nötigen gesellschaftlichen Veränderungen und Möglichkeiten im Sinne der Arbeiterinnen und Arbeiter konkret beurteilen zu können.

Ohne Engels kein Marxismus. Und wohl auch keinen Marx, wie es ihn gab. Denn der stets klamme Marx war von den finanziellen Zuwendungen von Engels abhängig, um seine Arbeit machen zu können. Und auch im privatesten Raum retete Engels Marx die Haut: er erkannte den Sohn, den Marx mit seiner Haushälterin gezeugt hatte, als seinen eigenen an.

Und Engels kümmerte sich um den Nachlass von Marx. Nach dessen Tod stellte Engels «Das Kapital» auf der Grundlage von Marx' Vorarbeiten und Notizen fertig. Engels hat so wohl eigenständig sozialistische Klassiker geschrieben, aber auch die Arbeiten von Marx geprägt. Trotzdem ist er auch heute noch immer der Nachgenannte. Aber in Berlins Mitte steht er neben dem sitzenden Marx. Und hat so auch den Sturm auf sozialistische Denkmäler nach dem Ende der DDR überlebt. Einzig ein bisschen rumgerückt wurde er zusammen mit Genosse Karl vor 10 Jahren – wegen einer S-Bahnlinie. Dort steht das S für «schnell». Die S-Bahn dagegen, bei der das S für Sozialismus steht, hat Engels massgeblich und energisch auf die Schiene geschoben.

**EXKLUSIV**

Das grosse work-Interview mit Friedrich Engels

# «Die Schweizer beschäftigten sich mit Kühmelken, Käsemachen, Keuschheit und Jodeln»

Zum zweihundertsten Geburtstag von Friedrich Engels gelang es work, ein Interview mit dem Philosophen und Revolutionär zu führen. Exklusiv! Das war möglich, weil wir seine Schriften studierten und das Interview gleich selber schrieben.\*

RALPH HUG UND MARIE-JOSÉE KUHN

**work:** Friedrich Engels, wir erleben nun schon die zweite Welle der Coronapandemie. Ist dieses Virus nicht etwas gefährlich?

**Friedrich Engels:** Ich habe 1845 die Choleraeuche in Manchester erlebt. Sie hat die fürchterlichsten Verwüstungen unter den Arbeitern angerichtet.

### Erzählen Sie uns bitte mehr.

Als die Seuche kam, befahl ein allgemeiner Schrecken die Bourgeoisie der Stadt. Man erinnerte sich auf einmal der ungesunden Wohnungen der Armut und zitterte bei der Gewissheit, dass jedes dieser schlechten Arbeiterviertel ein Zentrum für die Seuche bilden würde, von wo aus sie ihre Verwüstungen nach allen Richtungen in die Wohnsitze der besitzenden Klasse ausbreite. Cholera, Typhus, Blattern und andere verheerende Krankheiten – die kapitalistische Gesellschaftsordnung erzeugt die Misstände immer wieder. Ganze Generationen sind verdorben, mit Schwäche und Siechtum infiziert, bloss um der Bourgeoisie die Beutel zu füllen.

**Sogenannte Covidioten, also Menschen, die die Gefahren von Corona leugnen und Verschwörungstheorien anhängen, machen jetzt gegen die Schutzkonzepte von Bund und Kantonen mobil. Verstehen Sie das?**

Jeder von uns wird mehr oder weniger beeinflusst von dem intellektuellen Medium, in dem er sich vorzugsweise bewegt. Und alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muss durch ihren Kopf hindurch. Aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.

**Sie zum Beispiel kommen ja aus der Oberschicht, sind Fabrikant und haben Geld wie Heu. Wollen aber gleichzeitig Revolutionär sein. Wie geht das denn zusammen und durch Ihren Kopf hindurch?**

Ich wollte zuerst Dichter werden. Aber mein Vater bestand darauf, dass ich eine kaufmännische Lehre absolviere. Aber es war zu scheusslich, nicht nur Bourgeois, sondern sogar ein Fabrikant und ein aktiv

**Man kann ganz gut Börsianer und zur gleichen Zeit Sozialist sein.**

gegen das Proletariat auftretender Bourgeois zu bleiben. Aber man kann ganz gut selbst Börsianer und zur gleichen Zeit Sozialist sein und deshalb die Klasse der Börsianer hassen und verachten.

**Ja, aber Sie haben ja keine Ahnung, was harte Arbeit ist!** Allen Mehrwert – wie er sich auch verteilte, als Gewinn des Kapitalisten. Grundrente, Steuer usw. – ist unbezahlte Arbeit.

**Was wir meinen, ist: das Sein bestimmt doch das Bewusstsein, oder?** Wenn jemand das dahin verdrängt, das öko-

\* Die Antworten sind Zitate von Friedrich Engels oder beruhen auf seinen Texten.

nomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate; Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw.; Rechtsformen; und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten; politische, juristische, philosophische Theorien; religiöse Anschauungen und ihre Weiterentwicklung zu Dogmensystemen – üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form.

**Ok, das ist jetzt ziemlich dialektisch, aber Themenwechsel: Sie waren ja schon mehrmals in der Schweiz. Wie gefällt es Ihnen hier?**

Ich kam bald zur Einsicht, dass es selbst im Untersuchungsarrest in Köln besser ist als in der freien Schweiz.

### Wieso das denn?

Die Schweizer beschäftigten sich in aller Gottseligkeit mit Kühmelken, Käsemachen, Keuschheit und Jodeln. Von Zeit zu Zeit hielten sie Volksversammlungen ab, worin sie sich in Hornmänner, Klauen-

**Selbst im Untersuchungsarrest in Köln war es besser als in der freien Schweiz.**

männer und andere bestialische Klassen spalteten und nie ohne eine herzliche, christlich-germanische Prügelei auseinandergingen. Die junge Mannschaft ging reisen, d. h. liess sich in fremde Kriegsdienste anwerben. Man kann den Schweizern nur nachsagen, dass sie sich mit grösster Gewissenhaftigkeit für ihren Sold haben totschiessen lassen.

**Also grad nur so ist es bei uns auch wieder nicht!**

Wer verteidigte denn am 14. Juli 1989 die Bastille gegen das anstürmende Volk? Schweizer aus dem Sonderbund! Wer schoss die Pariser Arbeiter aus der Vorstadt mit Kartätschen und Flintenkugeln nieder? Schweizer aus dem Sonderbund! Wer unterdrückte die neapolitanische Revolution von 1798? Schweizer aus dem Sonderbund! Wo und wann immer eine revolutionäre Bewegung ausbrach, da waren es immer urschweizerische Mietsoldaten, die mit der grössten Hartnäckigkeit und bis zum letzten Augenblick dagegen fochten.

**Immerhin haben wir in der Schweiz die direkte Demokratie!**

Wir finden in der Schweiz eine Anzahl roher Hirten, die trotz ihrer demokratischen Verfassung von ein paar reichen Grundbesitzern patriarchalisch regiert werden.

**Wir möchten jetzt eigentlich nicht über die SVP reden, also wieder Themenwechsel: Sie haben immer**

**auch für die Emanzipation der Frau gekämpft. Warum?** Alle sind gleich und frei – auch die Weiber.

**Davon sind wir aber noch weit entfernt. Warum geht es nicht vorwärts?** Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit dem Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche. Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.

### Was können wir also tun?

Eine wirkliche Gleichberechtigung von Mann und Frau kann nach meiner Überzeugung erst eine Wahrheit werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt und die private Hausarbeit in eine öffentliche Industrie verwandelt ist.

**Sagt ausgerechnet ein Patriarch und Frauenheld wie Sie! Sie vergnügen sich doch immer ein bisschen in Paris, oder?**

Gäbe es keine Französischen, wäre das Leben nicht lebenswert!

**Da haben Sie sicher recht! Wäre Ihr Leben denn lebenswert ohne Karl Marx?** Was Marx geleistet hat, hätte ich nicht fertiggebracht. Ohne ihn wäre die Theorie des dialektischen Materialismus nicht das, was sie ist. Marx war ein Genie, wir andere höchstens Talente.

**Ohne Ihr Geld hätte Marx das ja nicht geschafft! Sie sorgten sogar für das Kind, das seine Haushälterin von ihm bekam und das Marx nicht anerkennen wollte.**

Sonst ist der alte Schweinegoll doch sehr lebenswürdig! Ich jedenfalls habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich die zweite Violine zu spielen.

**Sie und die zweite Geige? Immerhin sorgten Sie dafür, dass Marx sein Hauptwerk, «Das Kapital», doch noch herausbrachte.**

Ich schrieb Marx, er müsse es unbedingt vollenden. Und: «Dass das Ding geschrie-

**Der heutige Arbeiter scheint frei zu sein, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise.**

ben wird und erscheint, ist die Hauptsache. Die Schwächen, die dir auffallen, finden die Esel doch nicht heraus.»

**Ganz schön arrogant, was Sie da sagen!** Also in den meisten geschichtlichen Staaten werden die den Staatsbürgern zugestandenen Rechte nach dem Vermögen abgestuft und damit direkt ausgesprochen, dass der Staat eine Organisation der besitzenden Klasse zum Schutz gegen die nichtbesitzende ist. So schon in den athenischen und römischen Vermögensklassen. So im mittelalterlichen Feudalstaat, wo die politische Machtstellung sich nach

### Friedrich Engels: Marx' Zwilling

Friedrich Engels wurde 1820 in Barmen (D), einem Stadtteil des heutigen Wuppertal, als Sohn eines Textilfabrikanten geboren. Zusammen mit Karl Marx verfasste er 1847 das berühmte «Kommunistische Manifest». Mit Marx entwickelte er auch die Gesellschaftstheorie, die später unter dem Begriff des Marxismus weltweit Schule machte.

**VERKANNT.** Engels stand zu Unrecht im Schatten von Marx, lieferte er doch bedeutende Beiträge zur dessen Theorie. Seine wichtigsten Werke sind «Die Lage der arbeitenden Klasse in England», «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats», «Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft» sowie «Dialektik der Natur». Engels starb 1895 in London.

dem Grundbesitz gliederte. So im Wahlzensus der modernen Repräsentativstaaten. Diese politische Anerkennung des Besitzunterschieds ist indes keineswegs wesentlich. Im Gegenteil, sie bezeichnet eine niedrige Stufe der staatlichen Entwicklung. Die höchste Staatsform, die demokratische Republik, die in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat...

**...Stop, stop, stop: Worauf wollen Sie hinaus?**

Ohne Soldaten, Gendarmen und Polizisten, ohne Adel, Könige, Statthalter, Präfekten oder Richter, ohne Gefängnisse, ohne Prozesse geht alles seinen geregelten Gang.

**Sind Sie vielleicht auch noch Anarchist?**

Die Anarchisten stellen die Sache auf den Kopf. Sie erklären, die proletarische Revolution müsse damit anfangen, dass sie die politische Organisation des Staates abschafft. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hiesse, den einzigen Organismus zerstören, vermittelst dessen das siegende Proletariat seine ebene oberte Macht geltend machen, seine kapitalistischen Gegner niederhalten und diejenige ökonomische Revolution der Gesellschaft durchsetzen kann, ohne die der ganze Sieg enden müsste in einer Niederlage und in einer Massenabschlachtung der Arbeiterklasse.

**Heisst das, Sie glauben 2020 immer noch an die Revolution? Und verteidigen diese weiterhin in dieser Gewerkschaftszeitung?**

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Aber statt des konservativen Mottos «Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk» sollten sie die revolutionäre Losung schreiben: «Nieder mit dem Lohnsystem!».

**Solcher Verbalradikalismus bringt doch nichts! Man kann doch die Lage der Arbeitenden heute nicht mit jener bei der Industrialisierung vergleichen.**



FRIEDRICH ENGELS: «Alle sind gleich und frei – auch die Weiber.» FOTO: ANGMAGES

Der ganze Unterschied gegen die alte, offenerherzige Sklaverei ist nur der, dass der heutige Arbeiter frei zu sein scheint, weil er nicht auf einmal verkauft wird, sondern stückweise, pro Tag, pro Woche, pro Jahr, und weil nicht ein Eigentümer ihn dem anderen verkauft, sondern er sich selbst.

**Sie behaupten also, in den letzten 150 Jahren habe sich gar nichts verändert?** Leben, von seinen niedrigsten bis zu seinen höchsten Formen, ist nichts anderes als die normale Daseinsweise der Erweisungskörper.

**Das ist allerdings interessant, wir danken für das offene Gespräch!**

### WORK-SERIE

## Exklusiv-Interviews mit Toten

Lesen Sie aus unserer beliebten, losen Serie auch die grossen Interviews mit Wladimir Iljitsch Lenin, Karl Marx und Rosa Luxemburg auf der work-Website: [rebrand.ly/lenin](https://rebrand.ly/lenin) [rebrand.ly/marx](https://rebrand.ly/marx) [rebrand.ly/luxemburg](https://rebrand.ly/luxemburg)





**MOBBING IM TANKSTELLENSHOP:** Bundesgericht gibt Unia-Mitglied recht, das sich dagegen gewehrt hat. FOTO: ZVG

## Thurgauer Gericht: Voll auf die Nase gefallen

**Schlappe für die Thurgauer Justiz: Sie muss ein antigewerkschaftliches Urteil gegen eine Unia-Protestaktion revidieren.**

RALPH HUG

Vor gut drei Jahren hatte die Unia genug. Im Coop-Tankstellenshop in Romanshorn herrschten unhaltbare Arbeitsbedingungen, seit ein neuer Pächter das Sagen hatte. Ein Unia-Mitglied, das dort beschäftigt war, hatte die Gewerkschaft auf die Missstände hingewiesen. Weil Coop keine Anstalten machte, die Sache in Ordnung zu bringen, lancierte die Unia eine Protestaktion.

Im Verlauf der Aktion schimpfte das Unia-Mitglied laut über den Tankstellenshop: Man werde als Mitarbeiter schikaniert und gemobbt, es herrschten psychischer Terror und Zustände wie in Nordkorea. Auch von Drohungen, leichten Tätlichkeiten wie Herumschubsen und Klapsen auf den Nacken sowie von verspäteten Lohnzahlungen war die Rede. Die Medien berichteten darüber. Der Tankstellenpächter – er hatte schon früher amtliche

### Coop-Tankstellenpächter schikanierte die Mitarbeitenden.

Rügen wegen seiner Methoden kasziert –

und sein Geschäftsleiter waren darob beupft. Sie reichten gegen das Unia-Mitglied Klage ein wegen übler Nachrede und Verstosses gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG). Die Staatsanwaltschaft Bischofszell übernahm die Vorwürfe bereitwillig und brummte dem Unia-Mann kurzerhand eine bedingte Geldstrafe von 70 Tagessätzen à 50 Franken sowie eine Busse von 1200 Franken auf.

### RICHTER HELFEN TÄTERN

So wurde das Mobbingopfer auch noch zu einem Justizopfer. Denn das Arboner Bezirksgericht sah zwar Mobbing, Schikanen und Fertigmacherei durchaus als erwiesen an. Es verhängte aber trotzdem eine leicht reduzierte Geldstrafe und Busse. Der Angestellte habe die übrigen Vorwürfe nicht belegen können. Genau gleich sah es das Thurgauer Obergericht, das die Verurteilung im wesentlichen bestätigte. Das war falsch, wie jetzt das Bundesgericht in seinem Urteil vom 26. Oktober entschieden hat. Es stellt die Thurgauer Richter in den Senkel, indem es die Beschwerde des Unia-Mannes überwiegend gutheisst. Zur Freude des Unia-Anwalts: Er kritisiert die Schuldsprüche im Thurgau stets als gewerkschaftsfeindlich.

### STRAFANTRAG UNGÜLTIG

So hat der Tankstellenpächter gemäss Bundesgericht einen Strafantrag gestellt, der wegen formeller Mängel gar nicht gültig ist. Zudem fordert das Bundesgericht, dass der Unia-Mann von der üblen Nachrede überall dort freizusprechen sei, wo seine Vorwürfe zuträfen. Weiter sieht das höchste Gericht den Vorwurf der verspäteten Lohnzahlungen nicht als ehrverletzend an. Schliesslich hält es auch die Verurteilung aufgrund des UWG für nicht genügend belegt. Das Obergericht muss nun nochmals über die Bücher.

# Deutsche Fleischindustrie: Also doch kein Leiharbeits-Verbot? Billigfleisch-Gigant Tönnies kann weiterwursteln

**Der Covid-Skandal der deutschen Fleischindustrie schreckte die Politik auf. Doch dann machten sich die Lobbyisten ans Werk. Sie klammern sich ans miese Geschäftsmodell der Branche.**

JOHANNES SUPE

Ein Wunder, dass niemand starb. Deutschland, Mitte Mai: Innert kürzester Zeit erkrankten beim Billigfleischhersteller Tönnies mehr als 1500 Arbeiter an Covid-19. Dutzende müssen ins Spital; die Region um die Stadt Gütersloh, in der die Fleischfabrik steht, wird unter Lockdown gestellt (work berichtete). In der Folge beilen sich deutsche Politiker, die Zustände anzuprangern. Über Monate feilt die Regierung an einem Gesetzesentwurf. Bereits ab Januar 2021 sollen neue Regeln für die Fleischindustrie gelten. Doch dann verschwindet die Vorlage von der Tagesordnung. Ob und in welcher Form sie wiederkommt ist bis heute unklar.

Wenige Branchen sind so von prekären Arbeitsbedingungen geprägt wie die deutsche Fleischindustrie. Nur ein Bruchteil der Arbeiterinnen und Arbeiter ist bei den Firmen selbst angestellt. Stattdessen setzt die Industrie auf Werkverträge und Leiharbeit (siehe Kasten). Meist sind es Migrantinnen und Migranten, die für ein paar Euro chrampfen sollen.

### HAARSTRÄUBEND

Einer, der die Zustände ganz genau kennt, ist Freddy Adjan. Als stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) beschäftigt er sich seit

Jahren mit der Fleischindustrie. Für ihn ist klar: Zwischen den Arbeitsbedingungen und den miserablen hygienischen Zuständen in der Branche gibt es einen Zusammenhang. Gegenüber work erklärt er: «Teils sind Dutzende Arbeiter in einer einzigen, kleinen Woh-

Dazu kämen oft extreme Arbeits-tage von mehr als zwölf Stunden. Und der Druck, auch bei Krankheit zu arbeiten, da viele der Werkvertragsfirmen sich um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall drücken. Gewerkschafter Adjan sagt, die Fleischindustrie selbst hingegen foutiere sich um ihre Verantwortung. «Immer wieder mussten wir von grossen Firmen wie Tönnies oder Westfleisch hören, sie seien nicht zuständig. Die Arbeiter seien ja nicht bei ihnen angestellt.»

### NOCH MEHR DUMPING

Damit hätte ab Januar 2021 Schluss sein sollen. Ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischindustrie sah der Gesetzesentwurf der Bundesregierung vor. Doch plötzlich stellten sich die konservativen Koalitionspartner von der CDU/CSU quer. Auf ihr Drängen verschwand der Entwurf

### SAUEREL: Die Arbeitsbedingungen bei Tönnies sind miserabel.

FOTO: KEYSTONE

nung untergebracht. An den Haustüren habe ich schon Klingelschilder gesehen, auf die man zwanzig Namen gequetscht hat. Und dafür, dass sie in überfüllten Räumen schlafen, in die einfach Matratzen gelegt wurden, müssen die Arbeiter dann noch 200 bis 300 Euro an die Werkvertragsfirma zahlen.»

vor der entscheidenden Sitzung des Parlaments Ende Oktober. Denn die lobbyierenden Unternehmen hätten gern ein Gesetz, das ihnen weiterhin den Einsatz von Leiharbeitern erlaubt.

Also Werkverträge nein, Leiharbeit ja? Gewerkschafter Adjan hält das für verheerend. Er befürchtet, dass die Fleischindustrie den Wegfall der Werkverträge durch vermehrten Einsatz von Leiharbeit

### So funktioniert's: Leiharbeit und Werkverträge

**LEIHARBEIT:** Leiharbeiterinnen und -arbeiter sind bei einer Leiharbeitsfirma angestellt und werden von dieser etwa an Industrie-, Bau- oder Fleischbetriebe «verliehen». In der Praxis werden Leiharbeitende deutlich schlechter bezahlt als Festangestellte, teils liegt der Lohnunterschied bei mehreren Hundert Euro. Die NGG geht davon aus, dass etwa 5000 Leiharbeiterinnen und -arbeiter in der Fleischindustrie tätig sind.

**WERKVERTRÄGE:** Mit einem Werkvertrag verpflichtet sich eine Partei (Firma, Selbständiger), gegen Bezahlung ein Werk zu erbringen, beispielsweise ein Kunstwerk anzufertigen oder so und so viel Stücke Fleisch zu zerlegen. Da es sich nicht um Arbeitsverträge handelt, sind die Leistungserbringenden gesetzlich deutlich schlechter geschützt als reguläre Beschäftigte. Werkvertragsfirmen machen daraus ihr Geschäft. Nach neuen Zahlen der deutschen Bundesregierung beruhen 48000 Stellen in der Fleischindustrie – auf Vollzeit gerechnet – auf Werkverträgen. Das sind rund 63 Prozent aller Stellen der Branche.

ausgleichen würde. Da die nur zum Teil reguliert sei, böte sich den Unternehmen wieder die Möglichkeit, Löhne zu drücken und tarifvertragliche Regelungen zu umgehen. Geändert hätte sich dann lediglich die Form des Lohndumpings. Und eines weiss der NGG-Mann aus seiner

### «Die deutsche Fleischwirtschaft hat schon immer jede Lücke im Gesetz genutzt.»

FREDDY ADJAN, GEWERKSCHAFT NGG

Erfahrung: «Die deutsche Fleischwirtschaft hat sich immer dadurch hervorgetan, dass sie jede Lücke im Gesetz auch nutzt.»

## Schafisheim AG: 45 Mitarbeitende gleichzeitig an Covid-19 erkrankt Coop: Corona-Ausbruch in der grössten Schweizer Bäckerei

**Zahlreiche Mitarbeitende von Coop in Schafisheim AG haben sich mit Corona angesteckt. Versagt hat auch der Kanton.**

CHRISTIAN EGG

Obwohl sie dicht nebeneinander am Fließband arbeiten und fast für die ganze Schweiz Gipfeli und Zöpfe produzieren, trugen die Mitarbeitenden in der Coop-Grossbäckerei in Schafisheim AG bis vor kurzem keine Schutzmasken. Der «Kassensturz» machte den Fall öffentlich.

Gegenüber work räumt Coop-Sprecherin Rebecca Veiga ein, dass im Oktober 45 Mitarbeitende gleichzeitig an Corona erkrankt seien. Die gesamte Zahl der Fälle will sie nicht bekanntgeben. Laut Veiga habe die «klare Weisung» bestanden, eine Maske

zu tragen, wenn der Abstand nicht eingehalten werden könne. Nur: Konsequenz umgesetzt wurde das offensichtlich lange nicht. Zu lange.

**CORONA-SCHLEUDERN.** Bereits in der ersten Coronawelle sorgte Schafisheim für Negativschlagzeilen: Damals musste im Coop-Verteilzentrum ein Temporär-Lastwagenchauffeur mehrmals täglich ein winziges Büro betreten, in dem vier Leute arbeiteten. Schutzmasken gab es nicht (work berichtete: [rebrand.ly/chauffeur](https://rebrand.ly/chauffeur)).

Mittlerweile seien die Zahlen in der Bäckerei wieder «stark gesunken», sagt Veiga. Mitarbeitende in Schafisheim bestätigen gegenüber work, dass es jetzt weniger Krankheitsfälle gebe. Und dass die Massnahmen jetzt endlich auch durchgesetzt würden.



**ZÖPFE DICHT AN DICHT:** Fast ebenso nahe stehen die Bäckerei-Mitarbeitenden nebeneinander. FOTO: KEYSTONE

Spätestens seit dem Fall Tönnies in Deutschland (siehe Text oben) ist klar: Grosse Lebensmittelbetriebe sind Corona-Schleudern, wenn der Schutz nicht stimmt. Der Coop-Betrieb in Schafisheim (700 Mitarbeitende) ist die grösste Bäckerei der Schweiz. Trotzdem

hat der Kanton Aargau erst am 2. November die Schutzmassnahmen kontrolliert. Einen Tag vor der Ausstrahlung des «Kassensturz»-Beitrags. Und erst, nachdem Coop den Behörden den Anstieg der Coronafälle gemeldet hatte.

Arbeitersohn Joe Biden und die Gewerkschaften

# Ein Búezerfreund als neuer US-Präsident?

**US-Gewerkschaften erhoffen sich viel vom neugewählten Präsidenten. Vermutlich zu viel.**

LOTTA SUTER, BERLIN/VERMONT

«Joe Biden ist unser Mann!» In diesem Punkt sind sich alle grossen US-Gewerkschaftsverbände einig. Sie haben den Wahlkampf des Arbeitersohns aus Delaware tatkräftig unterstützt. Schliesslich vertrat der 78jährige Politiker ihre Interessen seit Jahrzehnten auf nationaler Ebene. Nun hoffen sie, dass Biden der buezerfreundlichste Präsident der USA wird.

Doch der zukünftige Regierungschef stösst bereits mit der Ankündigung von Arbeitsmarktregulierungen auf harten Widerstand. Er

**Biden/Harris wollen eine Verdoppelung des nationalen Mindestlohnes von 7.25 auf 15 Dollar.**

bedrohe die individuelle Freiheit der Arbeitskräfte, behaupten seine republikanischen Gegner. Der «Extremist» wolle die gesamte Wirtschaft dem Diktat der Gewerkschaften unterwerfen. Schön wär's. Was die neugewählte Regierung anstrebt, sind pragmatische Schritte zur Demokratisierung der Arbeitswelt: Eine stärkere gewerkschaftliche Organisation. Griffige Kollektivverträge. Eine zeitgemässe Regulierung der wildwachsenden Plattform-Economy (Uber usw.). Die Verdoppelung des nationalen Mindestlohnes von 7.25 Dollar auf 15 Dollar.

**WEG MIT DEN TRUMP-LOBBYISTEN**

Als erstes wird Joe Biden das Arbeitsministerium neu besetzen. Weg mit all den gewerkschaftsfeindlichen Juristen, Unternehmern und Lobbyisten der Regierung Trump! Für den Rest der Veränderungen braucht die neue demokratische Regierung allerdings starke Verbündete. Und das ist ein Problem.

Die Gewerkschaften selber sind nicht sehr stark. In den USA gibt es



**OHNE GERECHTIGKEIT KEINEN FRIEDEN:** Arbeitersohn Joe Biden nimmt an einem Protestmarsch der «Culinary Workers Union» in Las Vegas teil, einer Gewerkschaft für Mitarbeitende im Restaurant- und Gastgewerbe, Februar 2020. FOTO: GETTY

heute etwa 15 Millionen Mitglieder. Das sind nur zehn Prozent aller Arbeitskräfte. Vor vierzig Jahren waren es prozentual noch doppelt so viele. Joe Biden will diesen Abwärtstrend bremsen oder umkehren. Er verspricht in seiner Wahlplattform zum Beispiel, auch wer als Plattform-«Unternehmer» im Auftragsverhältnis arbeite, wie etwa die Uber-Fahrer und -Fahrerinnen, solle sich in Zukunft organisieren und Kollektivverträge abschliessen können.

Wachsen können die US-Gewerkschaften im 21. Jahrhundert wohl nur als Teil einer breiteren Bewegung für soziale Gerechtigkeit. Wie das beim Bildungsstreik der Lehrkräfte geschah. Oder beim Kampf für einen existenzsichernden Mindestlohn. Mit dem grössten Bürgerprotest der US-Geschichte, Black Lives Matter, solidarisierte sich die

überdurchschnittlich weisse Gewerkschaftsführung allerdings nur sehr zögerlich. Dabei ist der Kampf für menschenwürdige Lebensbedingungen in den USA nicht zu haben ohne Kampf gegen den Rassismus.

**WENIG SPIELRAUM**

Genügend Bündnispartner brauchte Joe Biden auch im Senat. Denn der amerikanische «Ständerat» kann die Regierungsgeschäfte forsch vorantreiben – oder aber gänzlich blockieren. Wenn die demokratische Partei beim zweiten Wahlgang im US-Bundesstaat Georgia Anfang Jahr keine Mehrheit erringen kann, wird der neugewählte Präsident wenig Spielraum für Reformen haben. Denn die gewerkschaftsfeindliche republikanische Seite verweigert jeden Kompromiss.

Das Wahlergebnis ist das dritte und vielleicht grösste Hindernis für

ehrgeizige linke Projekte und Reformen. Joe Biden hat zwar deutlich gewonnen. Aber es war kein Erdrutschsieg. Der US-Kongress und auch die Bevölkerung sind weiterhin in fast gleich grosse, unversöhnliche Lager gespalten. Die rechte Hälfte hat sich zusammen mit Donald Trump in einer Scheinwelt verschanzt. Corona-

**Als erstes wird Biden das Arbeitsministerium neu besetzen.**

Pandemie, Wirtschaftskrise, Rassismus und Klimaerwärmung gibt es nicht in diesem phantastischen Amerika. Nur die linkere Hälfte der US-Gesellschaft ist noch bereit, sich der komplizierten Wirklichkeit zu stellen. Wenigstens gehören Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris bald dazu.

## Trump ist weg: Der Trumpismus bleibt



FOTO: ZVG

Das Irrste an der jüngsten US-Wahl war ihre Normalität. Die US-Amerikanerinnen und -Amerikaner wählten massenhaft.

Aber eben wie gewohnt. Trotz Trumps vier Jahren Missregierung. Trotz der vermasselten Coronakrise mit bereits einer Viertelmillion Toten. Die Städte stimmten mehrheitlich demokratisch. Das Land republikanisch. Die Vororte, die jünger und multikultureller geworden sind, rutschten etwas nach links.

**REICHE FÜR TRUMP.** Donald Trump punktete bei den Besserverdienenden (über 100 000 Dollar Jahreslohn). Joe Biden bei den besser Gebildeten. Und bei den mittleren Einkommen (50 000 bis 100 000 Dollar Jahreseinkommen). Wie schon vor vier Jahren war Donald Trump auch 2020 nicht der Wunschkandidat des kleinen, sondern des weissen Mannes. Und leider auch der

weissen Frau. Doch im Unterschied zu 2016 verlor er die Wahl trotzdem. Joe Biden erhielt mindestens fünf Millionen mehr Stimmen. Er siegte so überzeugend wie letztmals Franklin Roosevelt 1932 während der Weltwirtschaftskrise.

Allerdings wählten rund 72 Millionen Stimmende einen notorischen Lügner und Rassisten.

**Nicht der kleine Mann wählte Trump, sondern die weissen Männer und Frauen.**

Und eine republikanische Partei, die jeden Unsinn ihres Führers mitmacht. Sogar das traurige Nachwahlspektakel des schlechten Verlierers, der nun die Demokratie selbst in Frage stellt. Trump ist weg, aber nicht der Trumpismus,

der in dieser Wahl grossen Zuspruch gewonnen hat. Der Rassismus bleibt fast mehrheitsfähig. Ebenso der Fremdenhass. Die Verachtung für kritische Medien und politische Gegner. Die Verleugnung der Klimakrise. Der Egoismus, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht.

**SCHÄRFERE POLARISIERUNG.** Joe Biden hat gleich nach seinem Wahlsieg versichert, er wolle der Präsident für alle sein. Etwas Ähnliches sagten mit Ausnahme von Donald Trump alle seine Vorgänger.

Ob die Versöhnung auch diesmal gelingt, ist fraglich. Die Polarisierung zwischen dem vorwärtsschauenden und dem rückwärtsgewandten Amerika ist sehr viel schärfer geworden.

LOTTA SUTER



**Die Briefträgerin & die Zustellwoche**

Die Briefträgerin hatte Ferien. Und Schwein, gewissermassen. Denn es war Abstimmungsmaterial-«Zustellwoche»: Eine Sendung für jede stimmberechtigte Person! «Der Killer!» stöhnte



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

eine Kollegin, die sie auf der Strasse traf. «Format A4 und zwei Zentimeter dick! Zu gross für manche Briefkastenschlitze!»

**DICKE POST.** In der Gemeinde Bern wird deshalb Ende November nicht nur abge-

**Erfreulich viele handbeschriebene Karten vom Balkon mit der Fahne.**

stimmt, sondern auch gewählt. Ein Briefträger erzählte, er sei seit Tagen ausschliesslich mit Abstimmungsmaterial unterwegs. Einer klagte, er spüre es schon im Rücken, und wenn er dagegen an das «Couverli» in seiner Wohngemeinde denke: «Gelacht!»

Dass die auf den gelben Weg geschickten ausgefüllten Zettel dann rechtzeitig im Stimmregister eintreffen, liegt laut Auskunft der Post in der Verantwortung der Abstimmenden.

**POSTKARTEN.** Wahlpropaganda gibt's nach wie vor zu verteilen. Und erfreulich viele handbeschriebene Ansichtskarten vom Balkon mit der Fahne: «Konzernverantwortungsinitiative ja!».

INSERAT

**Wir bleiben auch in der Krise kritisch.**



**work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.**

## «Widerspruch»-Heft **Enteignen ist im Trend**

Seit 1981 erscheint die Schweizer Zeitschrift «Widerspruch» mit ihren «Beiträgen für sozialistische Politik» im Halbjahrestakt. Einem hochumstrittenen, aber brandaktuellen Überthema widmet sich das neuste Heft: dem Enteignen. Umstritten deshalb, weil die gemeinwohlorientierte Überführung von privatem in gesellschaftliches Eigentum seit Jahrzehnten als quasi-stalinistische Willkürmethode verurteilt wird. Und weil im Kapitalismus Eigentum Heiligtum ist. Dabei geht Enteignung auch anders. Zum Beispiel, wenn man den Service public an Private verscherbelt. Jedenfalls liegt Enteignen wieder im Trend. Zum Beispiel in Berlin, wo bald über die Verstaatlichung von profitgesteuerten Immo-Konzernen abgestimmt wird. Die Debatte breitet sich aus. Der «Widerspruch» liefert Argumente dazu.

«Widerspruch 75»: **Enteignen fürs Gemeinwohl**. 223 Seiten, 25 Franken (Jahresabo: 40 Franken), [widerspruch.ch](http://widerspruch.ch)

## Braunkohle-Doku **Klimakiller Paradeplatz**

Braunkohle ist der mit Abstand klimaschädlichste aller Brennstoffe. Seinen Strom will Deutschland deshalb bis 2035 kohlefrei erzeugen. Doch bis dahin lässt sich mit dem Klimakiller gut Geld verdienen. Das weiss auch der Schweizer Finanzplatz, der mächtig investiert hat. Etwa im gigantischen Tagebau Garzweiler bei Köln. Doch dort kulminieren immer öfters Klimaproteste mit solchen Anwohnenden, deren Dörfer komplett weggebaggert werden sollen. Eine kritische SRF-Doku zeigt nun, wie unbeholfen beteiligte Schweizer Banken sich herausreden (Credit Suisse). Oder wie sie ganz einfach schweigen (UBS). Eine Lektion, die man nicht verpassen sollte.

**Schmutzige Geschäfte – der Schweizer Finanzplatz und die Klimakrise**, von Karin Bauer. Schweiz 2020, 50 Minuten. Online unter: [rebrand.ly/klimadoku](http://rebrand.ly/klimadoku)

## «Katapult»-Magazin **Gesellschaft in Karten**

Sozialwissenschaften sind staubtrocken, abgehoben und ihre Befunde nicht verständlich darstellbar. Stimmt nicht! Zumindest nicht, wenn das «Katapult»-Magazin aus dem nordostdeutschen Greifswald Hand anlegt. Denn das junge Team dieses «Magazins für Kartografie und Sozialwissenschaft» verwandelt komplexe Statistiken und lange Sozialstudien zu regelrechten Hingucker-Grafiken. Kartografiert werden dabei Probleme wie der Esemangel in Botswana genauso wie die anrühigsten Ortsnamen der Schweiz oder der Rechtsruck der US-Republikaner. Dies oft mit einer Prise schwarzem Humor. So das Fazit zum Lohngefälle in Deutschland: «Im Osten arbeiten die Menschen mehr. Dafür verdienen sie auch weniger.»



Reinschnuppern auf [katapult-magazin.de](http://katapult-magazin.de). Das Jahresabo für vier gedruckte Ausgaben kostet 32 Franken.

# Neues Buch über Alltagsheldinnen: Eine rote Familienchronik **Basel-Moskau – und nie mehr retour**

**Grossmutter Marie, Grosstante Paula und Urgrossvater Johannes: Sie sind nur drei mutige Kämpferinnen und Kämpfer, von denen Beatrice Schmid Basler Familiengeschichte berichtet.**

ANNA WEGELIN

An Weihnachten 2015 findet Autorin Beatrice Schmid auf dem Dachboden ihres Elternhauses in Basel Schachteln mit einem wilden Durcheinander von Fotos, Briefen und allen möglichen weiteren Dokumenten. Ein Fund mit weitreichenden Folgen. Die Basler Autorin, die in Lausanne lebt und dort am Gymi Deutsch und Geschichte unterrichtet, will wissen: «Was war meine Grossmutter für eine Frau?» Sie recherchiert und recherchiert und schreibt schliesslich ihre Familiengeschichte: «Du weist mich jetzt in Raum und Zeit zu finden». Diese umspannt das ganze 20. Jahrhundert, mit zwei Welt-

**Das Buch berührt, weil es starke Frauen und Männer würdigt ...**

kriegen und dem Kalten Krieg. Und berührt, weil sie starke Frauen und Männer würdigt, die es nicht in die Geschichtsbücher geschafft haben, weil sie nicht zu den Mächtigen und Wohlhabenden gehörten.

**ES GIBT KEIN BESINNEN**

Im Zentrum des Buchs steht nicht nur Grossmutter Marie (1906–1985), welche die Autorin als Mädchen noch gekannt hatte. Sondern auch die mit Marie verschwägerte Grosstante Paula (1902–1973). Sie starb eine Woche nach der Geburt von Beatrice Schmid in Moskau. Autorin Schmid schreibt: «Rund ein halbes Jahrhundert gab es in meiner Familie einen Austausch zwischen Basel und Moskau.»

Grossmutter Marie, die ihre Mutter früh verlor, chrampfte in jungen Jahren als Magd und fand dann einen Job als Hilfsarbeiterin in der Bäckerei des Konsumvereins. Mit 34 Jahren heiratete sie Hans, einen Strassenarbei-



**MUTIGE FRAUEN:** Grossmutter Marie (links, undatierte Aufnahme) setzte sich für das Frauenstimmrecht ein. Grosstante Paula (rechts, 1924) ging nach Moskau, um «aktiv am Aufbau einer gerechten und fortschrittlichen Gesellschaft mitzuarbeiten».

ter. Marie schrieb in den 1950er Jahren engagierte, gescheite und wohlformulierte Leserbriefe und Artikel im «Vorwärts», der Zeitung der Partei der Arbeit (PdA). So zum Beispiel zum fehlenden Frauenstimmrecht: «Es gibt kein Besinnen: Unsere Gleichstellung wird nur durch unser Ja beginnen.»

Nicht weniger ausserordentlich war der Weg von Grosstante Paula. Sie, die in Basel als «Kanzleibeamtin» bei

**... die es nicht in die Geschichtsbücher geschafft haben.**

der Fleischfirma Bell gearbeitet hatte, ging 1921 mit 19 Jahren nach Moskau, um «aktiv am Aufbau einer gerechten und fortschrittlichen Gesellschaft mitzuarbeiten» – und kehrte nie mehr zurück. Später landete Paula im Gulag, sprach jedoch nie über die Jahre im stalinistischen Arbeitslager. Trotzdem blieb sie zeitlebens «der Partei» treu. In einem undatierten Brief schrieb sie über die Sowjetunion: «Hier ist jedes Talent, jede Fähigkeit vom Kindergarten an entdeckt und ge-

pfligt und mit den Jahren geschult. Es ist eben kein Zufall, dass unsere Erfolge in Kunst, Sport und Wissenschaften überall hervorragend sind.»

Autoren Beatrice Schmid sagt über ihre beiden politisch engagierten Vorfahrinnen: «Sie waren gewöhnliche Frauen, die weder ein besonderes Amt bekleideten noch eine herausragende Rolle spielten. Aber es wurde mir klar, dass sie die Geschichte mitgestaltet.» Genauso wie Schmid's Urgrossvater Johannes Schmid (1869 bis 1942), der Gewerkschafter war.

**MIT JEDEM KIND MEHR SORGEN**

Wir lernen Johannes im ersten Buchkapitel kennen, und zwar vor allem anhand des Lebenslaufs, der an seiner Abdankungsfeier gelesen wurde.

Johannes ist eines von 13 Kindern, von denen die Hälfte kurze Zeit nach der Geburt starben. Er wird Arbeiter. 1894 heiratet er die 19jährige Anne Marie, drei Jahre später kommt eine Tochter zur Welt, die nach neun Monaten stirbt. Nach einer Pause ist Schmid's Grosstante Paula das erste Kind ihrer Grosseltern, das überlebt.

Doch der Tod bleibt im Haus: Mutter Anne Marie überlebt eine Gallensteinoperation nur knapp, weil sie sie hinauszögert hat, denn das Geld fehlt, und die Kinder müssen ja versorgt sein. «Mit jedem Kind stiegen die materiellen Sorgen», steht in Urgrossvater Johannes' Lebenslauf. «Die schwere Lage der Arbeiterschaft brachte ihn und viele andere zur Erkenntnis, dass der Zusammenschluss notwendig sei, um bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Mit gleichdenkenden Arbeitskollegen schloss er sich zusammen.»

Johannes war einer der Gründer des «Staatsarbeiter-Vereins», aus dem später die Gewerkschaft VPOD wurde. Auch er kämpfte wie Marie und Paula für Gerechtigkeit und Gleichheit. Das macht sie zu Heldinnen und Helden unserer Zeit.



Beatrice Schmid: **Du weist mich jetzt in Raum und Zeit zu finden**. Zwei Frauen zwischen Basel und Moskau. Rotpunktverlag, 376 Seiten, CHF 38.–.

## worklxl der wirtschaft

David Gallusser



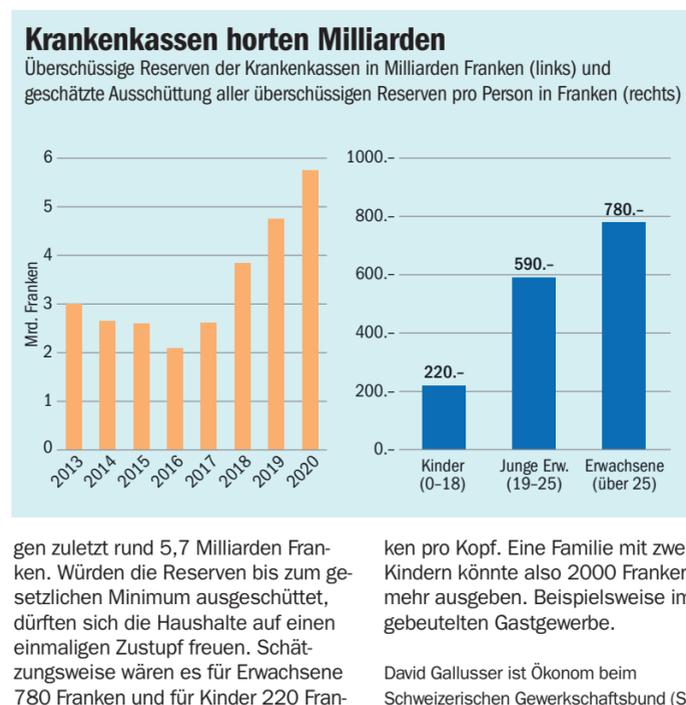
# ÜBERSCHÜSSIGE KRANKENKASSEN-RESERVEN FÜR DEN KONSUM

Covid-19 lastet doppelt auf der Wirtschaft. Auf der einen Seite verhindert die Pandemie, dass Unternehmen normal wirtschaften können: Mitarbeitende werden krank oder müssen in Quarantäne, Betriebs-schliessungen werden verordnet, und Kundinnen bleiben fern, weil sie keine Ansteckung riskieren wollen. Auf der anderen Seite drückt das Virus auf die Nachfrage. Die Unternehmen halten Investitionen zurück, weil sie nicht sicher sind, ob sie ihre Produkte verkaufen können.

**KAUFKRAFT STÄRKEN.** Die Haushalte ihrerseits konsumieren weniger, weil sie zur Sicherheit sparen oder schlicht weniger Geld zur Verfügung haben. Vor allem für Beschäftigte in hart getroffenen Branchen wie dem Gastgewerbe, der Exportindustrie oder der Kultur ist das der Fall. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zwingen sie, den Gürtel enger zu schnallen. Um die Wirtschaft zu stützen, müssen wir deshalb nicht nur die Pandemie bekämpfen, sondern auch die

Kaufkraft stärken. Die Einkommensprobleme vieler Haushalte beheben wir, indem wir die Kurzarbeitsentschädigung für Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen von heute 80 auf 100 Prozent des Lohns erhöhen.

**WILLKOMMENER ZUSTUPF.** Ein weiteres Instrument sind die überschüssigen Reserven der Krankenkassen. Sie könnten unmittelbar an die Haushalte ausgeschüttet werden und so den Konsum erhöhen. Das wäre nicht nur volkswirtschaftlich sinnvoll, sondern auch gerecht. Die Krankenkassen bilden mit unseren Prämien Reserven für den Krisenfall. Das schreibt ihnen der Bund vor. Bloss: Die Versicherer halten weit mehr Reserven, als sie eigentlich müssten. Diese überschüssigen Reserven sind in den letzten Jahren laufend gestiegen (siehe Grafik). Selbst im Corona-Krisenfall steigen sie weiter. Das heisst letztlich, dass die Krankenkassen mehr Prämien von uns verlangen, als dass sie benötigen. Die überschüssigen Reserven betru-



gen zuletzt rund 5,7 Milliarden Franken. Würden die Reserven bis zum gesetzlichen Minimum ausgeschüttet, dürften sich die Haushalte auf einen einmaligen Zustupf freuen. Schätzungsweise wären es für Erwachsene 780 Franken und für Kinder 220 Fran-

ken pro Kopf. Eine Familie mit zwei Kindern könnte also 2000 Franken mehr ausgeben. Beispielsweise im gebeutelten Gastgewerbe.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

work-Serie 50 Jahre Frauenstimmrecht (6): Dora Schmidt (1895–1985)

# Die Gesetzesmacherin



An ihrer ersten Stelle bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich trifft die junge Emilie Lieberherr auf eine ganz ungewöhnliche Chefin: Dora Schmidt. Lieberherr nennt diese Begegnung «meine politische Initialzündung». Emilie, die katholische Eisenbahnertochter, und Dora, die protestantische «Basler Dame», sind ab jetzt auch ausserberuflich ein eingespieltes Team. Unterwegs auf Frauenkongressen und an den Fackelmärschen der Stimmrechtsbewegung. Nach dem Scheitern der Abstimmung von 1959 fordert Schmidt von Lieberherr: «Sie müssen jetzt auf die Barrikaden gehen!» Worauf diese den berühmten «Marsch nach Bern» vorbereitet.

Die kämpferische Ökonomin Dora Schmidt kam 1895 in grossbürgerlichem Haus in Basel zur Welt. Die Mutter stammt aus einer Bremer Kaufmannsfamilie und ist in den Worten ihrer Tochter «eine selbstvergessene, hingebende Mutter alter Prägung», der Vater ist Theologieprofessor. Dora erhält standesgemäss eine gute Bildung, studiert Philologie und Geschichte. Die Wirtschaftskrise zum Ende des Ersten Weltkriegs bringt die Wende: Dora Schmidt steigt in das Zweitstudium der Nationalökonomie ein und arbeitet daneben beim Gewerbeinspektorat in Basel-Stadt, zuständig für den Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter.

## ERSTE BUNDESBEAMTIN

1925 wechselt die promovierte Dora Schmidt ins Volkswirtschaftsdepartement beim Bund. Dort übernimmt sie eine neue Stelle zu Fragen der Frauenarbeit, die auf Druck der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geschaffen worden ist. Diese wollte nicht mehr akzeptieren, dass die Schweiz an die jährlichen Konferenzen nur Männer

schickt. Frau Dr. Schmidt, fachlich bestens gerüstet, geistig agil und erschrocken, ist die Idealbesetzung. Sie wird als erste Frau 1. Adjunktin im Bundesarbeitsamt, dem späteren Biga. Keine war je so hoch oben und keine macht eine solche Kno-

## «Männer sind in der Welt des Unbewussten beheimatet.»

chenarbeit wie sie: Sie formuliert Gesetzesentwürfe und legt dem Bundesrat Botschaften vor: zur Heimarbeit, zur Regelung der Dienstbotenfrage, zum Jugendschutz. Sie scheut keinen Aufwand und ist binnen Kürze gefürchtet und geachtet.

Sie wird Abgesandte des Bundes an der Saffa, der ersten schweizerischen Ausstellung zur Frauenarbeit von 1928. Und setzt mit Hilfe der Frauenorganisationen das Mindestalter 15 für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt in der ganzen Schweiz durch.

## MOBBING VON GANZ OBEN

Zehn Jahre geht es gut. Dann kommt es zum Wechsel im Bundesrat. Der Freisinnige Hermann Franz Obrecht mag seine Chefbeamtin Dora Schmidt nicht, obwohl auch sie Freisinnige ist. Schmidt ist ihm zu forsch, zu eigenständig. Er macht ihre Leistung schlecht, drückt sie aus Kommissionen raus, erteilt ihr keine Aufträge mehr. 1939 wird auch der Chef des Biga ausgewechselt und Dora Schmidt endgültig kaltgestellt. Bundesrat Eduard von Steiger verschafft ihr die Kommunikationsstelle im neuen Kriegsernährungsamt. Angefeindet wird Schmidt auch dort. 1942 verlässt sie erschöpft die Bundesverwaltung und geht zur Bankgesellschaft. Hier bekommt sie die Ellbogenfreiheit

für ihr frauenpolitisches Engagement und gewinnt neuen Elan. «Männer seien», so schreibt sie 1943, «in der Welt des Unbewussten, des Instinkthaften, beheimatet» und deshalb so schwer für das Frauenstimmrecht zu gewinnen.

Ein Mann überzeugt sie dann doch noch: Mit über 50 heiratet sie einen Jugendfreund und zieht zu ihm in die USA. Trennt sich aber bereits nach vier Jahren wieder. Dora Schmidt erlebt noch die Wahl der ersten Bundesrätin, Elisabeth Kopp, aber nicht mehr deren schmachvollen Abgang. Sie stirbt 1985 mit 90 Jahren.

## work-Serie: Stimmrechtsfrauen



Am 7. Februar 2021 wird das nationale Stimm- und Wahlrecht der Frauen in der Schweiz 50jährig. Bis dann wird Gewerkschafterin und

Historikerin Dore Heim die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren. Bisher gewürdigt wurden: Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. Iris von Roten, eine der radikalsten Denkerinnen der Sache der Frauen. Emilie Lieberherr, «Animal politique» wie keine andere Politikerin in der Schweiz. Josi Meier, die CVP-Politikerin, die sich eine eigene Meinung leistete. Und Martina Hälg-Stamm, die Pionierin in Mostindien. Alle Teile der Serie gibt es hier: [www.rebrand.ly/frauenstimmen](http://www.rebrand.ly/frauenstimmen)



FRAU DR. SCHMIDT: Die Basler Grossbürgertochter liess sich von Männerspielchen nicht abschrecken und wurde trotzdem abserviert. FOTO: SOZIALARCHIV

Gewerkschaftsbund warnt vor dem Rentenalter 65 für Frauen:

## 1200 Franken weniger im Portemonnaie!

**Frauen haben ohnehin schon tiefere AHV-Renten als Männer. Wird das Frauenrentenalter auf 65 erhöht, schmälert dies ihre Renten noch mehr.**

RALPH HUG

Die Renten der Frauen sind rund einen Drittel tiefer als jene der Männer. Die Hälfte aller Frauen, die 2018 mit 64 in Rente gingen, müssen mit weniger als 1754 Franken AHV-Rente pro Monat auskommen. Fast ein Drittel der Frauen hat auch keine Pensionskassenrente.

### «Jetzt braucht es Ausbau statt Abbau bei der Altersvorsorge!»

PIERRE-YVES MAILLARD, SGB-CHEF

Somit ist die Rentensituation vieler Frauen jetzt schon prekär. Immer mehr Frauen, aber auch Männer müssen im Alter Ergänzungsleistungen (EL) beziehen (siehe Grafik).

Deshalb warnt der Gewerkschaftsbund (SGB) vor einer Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65. SGB-Chef Pierre-Yves Maillard: «Das ist nichts anderes als eine Rentensenkung.» Und legt jetzt neue Berechnungen vor, wie sich eine Anhebung des Frauenrentenalters konkret auswirken würde. Würde das Rentenalter auf 65 heraufgesetzt, wie dies in der Reform «AHV 21» des Bundesrats vorgese-

hen ist, gäbe es für die Betroffenen Einbussen. Mit der Reform hätten Frauen, die weiterhin mit 64 in Rente gehen, zwischen 40 und 100 Franken geringere AHV-Renten pro Monat. Gemessen an der Medianrente – also der mittleren Rente aller Versicherten – ergäbe sich eine Verschlechterung von 1200 Franken pro Jahr bis ans Lebensende.

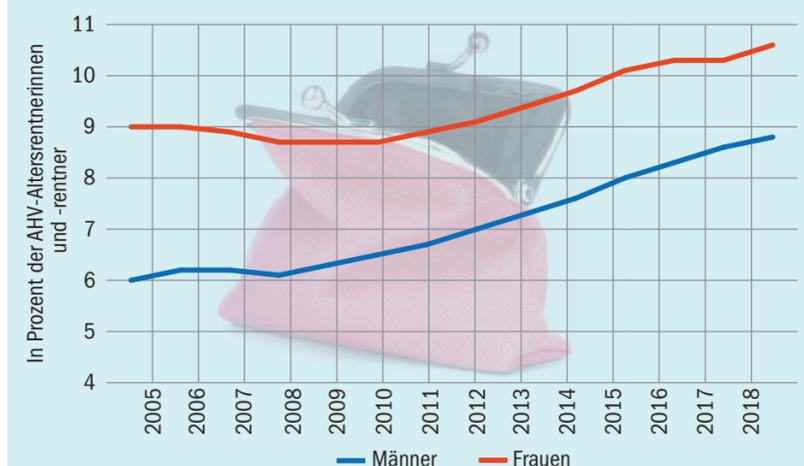
### SCHMERZHAFT

Gabriela Medici, beim SGB verantwortlich für das AHV-Dossier, sagt: «Ein höheres Rentenalter bedeutet für die Frauen eine schmerzhafteste Kürzung der Rente.» Und zwar auch für jene Frauen, die von den geplanten Abfederungsmassnahmen profitieren würden. Solche sind für die Übergangsgeneration vorgesehen, um das höhere Rentenalter zu kompensieren. Laut Medici erhielten diese Frauen gemäss dem Vorschlag des Bundesrats pro Monat bis zu 65 Franken weniger Rente. Einbussen müssten überdies auch Frauen hinnehmen, die heute schon aus finanziellen Gründen über das Pensionierungsalter hinaus bis 65 arbeiten. Es gäbe für sie Rentenkürzungen von fast 100 Franken pro Monat, wiederum gemessen an der Medianrente. Deshalb warnt Medici: «Eine AHV-Reform kann nur gelingen, wenn sie den Frauen deutliche Fortschritte bringt.»

Die Warnung des SGB wirkte. Nur wenige Tage später riss die Sozialkommission des Ständerats einen Stop. Statt die Rentenaltererhöhung sofort gutzuheissen, erteilte sie der Bundesverwaltung den Auftrag, weitere Berechnungen anzustellen. Somit wird vor dem nächsten Frühjahr in Sachen AHV-Reform nichts passieren. Die in der NZZ gross ange-

## Ergänzungsleistungen: Frauen mehr betroffen

EL-Quote der 65- bis 69jährigen



QUELLE: BSV – STATISTIK DER ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN ZUR AHV UND IV

kündigte bürgerliche Allianz, die schnell eine Reform auf dem Buckel der Frauen durchziehen will, erweist sich als Wunschdenken.

### AUSBAU STATT ABBAU

In der AHV-Reform stehen die Zeichen nach wie vor auf Abbau. Weil sich zusätzlich die Pensionskassenrenten seit Jahren im Sturzflug befinden, bräut sich langsam eine sozial explosive Mischung zusammen. Daher sagt SGB-Chef Maillard: «Die Altersvorsorge steht am Scheideweg.» Statt Abbau sei nun ein Ausbau gefordert, statt Rezession Prosperität. Be-

reits sind 60 000 Unterschriften zur Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente gesammelt, die der SGB lanciert hat.

Mehr Geld für die AHV sieht Maillard insbesondere bei der Nationalbank, die mittlerweile auf einem Riesenvermögen von 850 Milliarden Franken sitzt. Dieses Geld sei dem Bund und den Kantonen geschuldet und reiche aus, um eine Schwächung der AHV-Renten zu vermeiden. Maillard: «Es ist respektlos, wenn die Nationalbank übervolle Reserven hat und gleichzeitig die Frauen mit tiefen Renten noch mehr unter Druck gesetzt werden.»



**Das offene Ohr**

**Nicole Debrunner**  
von der Unia-Arbeitslosenkasse  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Kurzarbeit: Ist der Anspruch auf Entschädigung auf vier Monate beschränkt?

Unser Betrieb hat Anfang Juli 2020 infolge der Coronakrise einen Antrag auf Kurzarbeitsentschädigung eingereicht. Diese erhalten wir seither auch. Zuletzt für die Abrechnungsperiode Oktober 2020. Der Arbeitsausfall liegt seit der Abrechnungsperiode Juli 2020 bei 90 Prozent. Wir haben nun gehört, dass wir keinen Anspruch mehr auf Kurzarbeitsentschädigung hätten, wenn der Ausfall mehr als 85 Prozent betrage. Ist das korrekt?

**NICOLE DEBRUNNER:** Nein, das ist nicht ganz richtig. Der Arbeitsausfall darf während der zweijährigen Rahmenfrist für den Leistungsbezug zwar nur während maximal vier Monaten über 85 Prozent der normalen betrieblichen Arbeitszeit betragen. Aber mit der Coronakrise wurde diese Regel für die Abrechnungsperioden März 2020 bis August 2020 aufgehoben. Gemäss aktueller Regelung kann Ihr Betrieb also ab September 2020 während der laufenden Rahmenfrist noch maximal vier Monate lang einen Arbeitsausfall von mehr als 85 Prozent geltend machen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat die Höchstdauer der Kurzarbeitsentschädigung bei mehr als 85 Prozent Arbeitsausfall ab September 2020 erneut aufhebt, je nachdem, wie sich die Situation entwickelt.

## Tiefbau: Kurzarbeit- und Schlechtwetterentschädigung zusammen, geht das?

Wir sind im Tiefbaugewerbe tätig. Unsere Firma hat seit September 2019 bereits vier Monate Kurzarbeit- und fünf Monate Schlechtwetterentschädigung ausbezahlt bekommen. Wegen der zu erwartenden Kälte im kommenden Winter möchten wir für Januar und Februar 2021 erneut Anspruch auf Schlechtwetterentschädigung stellen. Wird die kantonale Amtsstelle unseren Antrag bewilligen?



FOTO: HEYSTONE

**WINTER AUF DEM BAU:** Für Kurzarbeit und Schlechtwetter gibt es für maximal 12 Monate eine Entschädigung.

**NICOLE DEBRUNNER:** Ja, teilweise. Für Kurzarbeit und Schlechtwetter gibt es insgesamt maximal für 12 Monate eine Entschädigung (seit dem 1. September 2020 gilt neu eine Höchstbezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung von 18 Monaten). Die Bezugsdauer der beiden Entschädigungsarten wird dabei zusammengezählt. Die Schlechtwetterentschädigung darf während maximal sechs Monaten bezogen werden. Ihre Firma hat bereits während fünf Monaten Entschädigung erhalten. Deshalb wird der Anspruch lediglich noch für den Januar 2021 bewilligt werden können, sofern alle übrigen Voraussetzungen erfüllt sind. Übrigens: Wird in einer Abrechnungsperiode gleichzeitig sowohl Kurzarbeit als auch Schlechtwetterentschädigung geltend gemacht, zählt diese nur als eine bezogene Periode. Diese wird an die Höchstdauer der Schlechtwetterentschädigung angerechnet.

## Arbeitslos: Welche Arbeit gilt als zumutbar?

# Jobsuche mit beschränkter

Wer Taggelder der Arbeitslosenkasse bezieht, muss jede zumutbare Arbeit annehmen. work erklärt, was unter Zumutbarkeit zu verstehen ist und wo ihre Grenzen erreicht sind.

MARTIN JAKOB

Der Maurer ohne Stelle soll sich als Fassadenreiniger bewerben? Und die arbeitslose Detailhandelsfachfrau als Callcenter-Agentin? Das tönt nach üblen Eingriffen in die freie Berufswahl. Genau so könnte man aber Artikel 16, Absatz 1 im Arbeitslosenversicherungsgesetz verstehen: «Der Versicherte muss zur Schadensminderung grundsätzlich jede Arbeit unverzüglich annehmen.» So ging man einst mit Sklaven um: Baumwollernte fertig, jetzt Herrenvilla putzen!

Aber so heiss wird die Suppe dann doch nicht gegessen. Denn es gibt einen zweiten Absatz, und der relativiert den ersten. Er sagt nämlich aus, die Pflicht, jede Arbeit anzunehmen, gelte nicht, wenn diese unzumutbar wäre.

### KLARE SACHE

Von den Gründen für eine Unzumutbarkeit sind einige klarer als andere. Weil sie objektiv feststellbar sind:

- **Berufs- und Ortsüblichkeit.** Die arbeitsvertraglichen Bedingungen einer angebotenen Stelle müssen orts- und berufsüblich sein. Wo ein Gesamtarbeits- oder ein Normalarbeitsvertrag besteht, darf der Vertrag keine schlechteren Bedingungen enthalten.
- **Keine bestreikten Firmen.** Arbeitslose dürfen Stellenangebote von Firmen ausschlagen, die Arbeitskräfte als Ersatz für streikende Angestellte suchen.
- **Keine Lohndumping-Firmen.** Hat eine Firma Personal entlassen, um danach die Stellen zu wesentlich schlechteren Arbeitsbedingungen neu zu vergeben, darf dieses Angebot zurückgewiesen werden.
- **Ständige Abrufbereitschaft.** Verlangt eine Firma ständige Abruf- und Einsatzbereitschaft über den Umfang der garantierten Beschäftigung hinaus, gilt die Stelle als unzumutbar.
- **Lohneinbusse über 30 Prozent.** Bringt die neue Stelle nur 70 Prozent des bisher versicherten Verdiensts ein oder weniger, gilt

sie im Prinzip als unzumutbar. Ausnahme: Wird der Job als Zwischenverdienst – also als befristete Tätigkeit – eingestuft, kann die Annahme dennoch zur Pflicht werden. Denn die Arbeitslosenkasse füllt in diesem Fall die Lücke zwischen effektivem Lohn und der Arbeitslosenentschädigung mindestens 12 Monate lang (je nach Rahmenfrist) mit Kompensationszahlungen auf. Die Summe aus Lohn und Kompensation fällt jeweils sogar etwas höher aus als die Arbeitslosenentschädigung.

### DIE GRAUZONEN

Die weiteren Bestimmungen drehen sich um die Frage, ob eine bestimmte Arbeit für eine bestimmte Person zumutbar sei. Sie verlangen deshalb eine individuelle Einschätzung durch die beratende Person beim RAV und durch die stellensuchende Person. Daraus ergeben sich naturgemäss eher Konflikte.

- **Rücksicht auf die bisherige Laufbahn.** Eine Arbeit, die nicht «angemessen» auf die Fähigkeiten oder auf die bisherige Tätigkeit Rücksicht nimmt, gilt zunächst als unzumutbar. Wer seine Stellensuche frisch startet, darf also seine Bewerbungen anfänglich auf den bisherigen Berufsweig oder Tätigkeitsbereich konzentrieren – so

### Zu Firmen, die den GAV nicht einhalten, darf man immer Nein sagen.

fern dort überhaupt ein Stellenangebot besteht. Je länger die Suche jedoch erfolglos bleibt, umso eher wird das RAV auf Alternativen drängen und dann auch berufs- oder branchenfremde Bewerbungen zur Pflicht machen. Zudem gilt die Rücksichtnahme nicht für Stellensuchende unter 30 Jahren. Ihnen wird von Beginn an zugemutet, auch Jobs ausserhalb der bisherigen Tätigkeit zu suchen.

- **Persönlich unangemessen.** Eine Stelle kann unzumutbar sein, weil sie dem Alter, den persönlichen



### WORKTIPP

### IHRE FRAGEN – UNSERE ANTWORTEN

Die Unia-Arbeitslosenkasse wickelt nicht nur Entschädigungszahlungen ab, sondern steht arbeitslosen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. Zum Beispiel finden Sie auf der Website unter der Rubrik «Häufig gestellte Fragen» viele Regeln der Arbeitslosenversicherung erklärt. [www.unia.ch/de/arbeitslosenkasse](http://www.unia.ch/de/arbeitslosenkasse)

Verhältnissen oder dem Gesundheitszustand nicht angemessen ist. Zum Beispiel darf jemand, der Kinder betreut, nicht zur Annahme eines Jobs verpflichtet werden, der längere Abwesenheiten von zu Hause (Wochenaufenthalt) nötig macht. Oder eine Muslimin muss eine Stelle nicht annehmen, wenn sie am Arbeitsplatz aus Sicherheitsgründen kein Kopftuch tragen darf.

GESTERN LADEN, HEUTE CALLCENTER: Wer im

- **Sehr langer Arbeitsweg.** Die Regel ist hart: Erst bei einem Arbeitsweg von mehr als zwei Stunden (also total vier Stunden täglich für die Hin- und Rückfahrt von Tür zu Tür) gilt eine Arbeit als unzumutbar. Ausnahmen sind je nach privater Situation (zum Beispiel Betreuungspflichten) oder Beschäftigungsgrad (Halbtagsstelle) möglich. Das Gesetz sieht bei längeren Arbeitswegen zwar Beiträge an die Kosten des Pendelns oder des Wochenaufenthalts vor, dies aber maximal sechs Monate lang. Und auch dann geht mit der Reise-



**GESCHENKE MIT MEHRWERT:** Das Päckli mit einem Produkt aus der Werkstätte für Menschen mit Behinderung sichert ihre Beschäftigung. FOTO: ISTOCK

## Sinnvoll schenken mit Produkten aus geschützten Kreationen mit sozialem

**Ob schön, ob praktisch oder beides zugleich: Produkte aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung machen Freude – und sichern Arbeitsplätze.**

MARTIN JAKOB

Wie süss, dieses Kaugummi-Täschchen «Kitty»! Wie praktisch, dieses Apéro-Brettli mit drei Gläsern fürs Dip-Gemüse! Und wie clever, das Spiel «4 gewinnt» in dreidimensionaler Ausführung! Drei Geschenkideen, die etwas gemeinsam haben: Die handgemachten Produkte stammen aus Schweizer Werkstätten mit geschützten Arbeitsplätzen und sind zu finden beim Onlineshop Socialstore.ch. Und halt, noch eine Gemeinsamkeit: Alle diese Produkte sehen gut aus!

Manche Menschen mit Handicap sind geistig, psychisch oder körperlich zu stark beeinträchtigt, um im freien Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Sie beziehen deshalb eine Invalidenrente. Gleichzeitig haben aber auch sie den Willen, ihre Talente zu entfalten, sich nützlich zu machen und integriert zu sein. Für sie gibt es in der Schweiz die Werkstätten für behinderte Menschen, in denen die Betroffenen im Arbeitsalltag Unterstützung erhalten. Die rund 300 Werkstätten mit gegen 24000 Arbeitsplätzen unterstehen dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG).

Das Gesetz verpflichtet die Institutionen, ihren Mitarbeitenden an den geschützten Arbeitsplätzen einen Lohn zu bezahlen. Der bildet einen Zustupf zur Invalidenrente. Die Werkstatt muss also, genau wie Firmen in der freien Wirtschaft, mit ihren Arbeiten Erlöse erzielen. Allerdings stehen die Werkstätten unter Druck: In früheren Jahren hatten sie eine zuverlässige Auslastung mit einfachen Industriearbeiten. Inzwischen übernehmen



Apéro-Brettli. FOTO: SOCIALSTORE

# Wahlfreiheit



## DIE MACHT DES RAV

### TAGGELD WEG

Wer sich arbeitslos meldet, ist vom ersten Tag an verpflichtet, sich um Schadensminderung zu bemühen. Das heisst: eine neue Stelle zu suchen und mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zusammenzuarbeiten. Unter anderem kann Ihnen das RAV Stellenangebote zur Bewerbung verbindlich zuweisen. Falls Sie bereits beim Jobbeschrieb ernsthafte Zweifel hegen, dass Ihnen die Stelle zumutbar sei, diskutieren Sie das sofort mit Ihrer Beraterin. Auf keinen Fall sollten Sie die Bewerbungsfrist untätig verstreichen lassen. Ebenfalls sollten Sie nicht sofort absagen, falls Sie trotz erfolgreichem Bewerbungsgespräch sicher sind, dass Ihnen diese Stelle nicht zumutbar sei. Bringen Sie beim RAV Ihre Argumente vor.

Beharrt das RAV auf dem Standpunkt, die Arbeit sei zumutbar, und Sie nehmen die Stelle trotzdem nicht an, wird dies als schuldhaftes Verweigerung eingestuft. Die Arbeitslosenkasse büsst Sie deshalb mit Einstelltagen. Sie streicht Ihnen für 31 bis 45 Tage, im Wiederholungsfall sogar für bis zu 60 Tage die Arbeitslosenentschädigung wegen «schweren Verschuldens». Das gilt übrigens nicht nur für eine unbefristete Neuanschaffung, sondern auch für einen Zwischenverdienst, den Ihnen das RAV zuweist.

**EINSPRACHE.** Gegen die Einstellungsverfügung können Sie innert 30 Tagen Einsprache erheben, danach bei ungünstigem Entscheid auch eine Beschwerde beim kantonalen Sozialversicherungsgericht einreichen. Diese ist in der Regel kostenlos. Dennoch ist es ratsam, die Chancen zunächst mit einer Fachperson zu klären – zum Beispiel mit Ihrer Zahlstelle der Unia-Arbeitslosenkasse. (jk)

zeit wertvolle Lebenszeit unproduktiv verloren.

Wer innert nützlicher Frist keine Stelle in der Nähe findet, muss deshalb unter Umständen den Wohnort wechseln, um die Zeiten für Arbeitsweg plus Arbeit wieder auf ein erträgliches Mass zu kürzen.

#### EIGENINITIATIVE!

Die Pflicht, irgendeine Arbeit anzunehmen, gilt also nicht absolut: Sie muss zumutbar sein. Doch die Diskussionen mit dem RAV, was nun im Einzelfall zumutbar sei,

können aufgrund der Gesetzeslage schwierig und frustrierend sein. Oder sogar zu Einstelltagen führen

### Zwei Stunden Arbeitsweg sind nicht in jedem Fall zumutbar.

(siehe Text rechts). Die beste Gegenstrategie liegt darin, die Stellensuche möglichst schnell zu starten und möglichst intensiv zu betreiben, um eine nach eigenem Empfinden zumutbare Stelle zu finden.

angestammten Beruf länger nichts findet, muss seine Stellensuche ausdehnen. FOTO: GETTY

## Werkstätten Touch



Kaugummi-Täschchen.

FOTO: SOCIALSTORE

Automaten solche Arbeiten, oder sie gehen an Anbieter in Billiglohnländern verloren.

**MEHR KREATIVES.** Die Werkstätten mussten also neue Aufträge suchen. Inzwischen setzen sie vermehrt auf Dienstleistungen, etwa in der Gastronomie, im Catering, in der Hauswirtschaft, und sie stellen Eigenprodukte her, für die sie auch selber Absatzkanäle und Abnehmer finden müssen: Hand- und Kunsthandwerkliches aus Holz und Stoff, Spiele für jung und alt, Köstlichkeiten für den Gaumen, Gruss- und Weihnachtskarten und vieles mehr.

**SHOPS FINDEN.** Produkte aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung gibt's nicht an je-

der Ecke. So finden Sie sie bestimmt:

- Kennen Sie eine Werkstatt in Ihrer Nähe? Oft verfügen solche Institutionen über einen Verkaufsladen, stellen ihre Produkte an Märkten aus oder haben einen eigenen Onlineshop.
- Möchten Sie Produkte aus einer solchen Werkstatt erwerben, wissen aber nicht, welche Institutionen es in Ihrer Nähe gibt? Auf der Website des Verbands INSOS können Sie nach Werkstätten Ihres Kantons suchen und Ihre Suche sogar auf bestimmte

Produktgruppen eingrenzen ([www.insos.ch](http://www.insos.ch)).

- Möchten Sie bei einem Shop online einkaufen, der ausschliesslich Produkte aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung anbietet? Dann sind Sie auf [www.socialstore.ch](http://www.socialstore.ch) richtig. Dieser Onlineshop bietet eine Auswahl von über 500 Artikeln von 28 Schweizer Institutionen.



Spiel «4 gewinnt» in 3D. FOTO: SOCIALSTORE

## UMSATZ FEHLT JAHR OHNE BASAR

Viele Werkstätten für Menschen mit Behinderung kurbeln ihr Weihnachtsgeschäft jeweils mit hauseigenen Basaren oder mit der Teilnahme an Weihnachtsmärkten an. Die meisten dieser Anlässe fallen dieses Jahr coronabedingt aus, obwohl sie für die Institutionen wichtige Umsatzträger wären. Umso wertvoller sind Ihre Einkäufe in den Onlineshops oder in den Verkaufsläden der Werkstätten!

## Unterwegs mit Reka-Geld Sparen beim Reisen

**Als Unia-Mitglied können Sie jährlich Reka-Checks im Wert von 500 Franken vergünstigt beziehen. Beachten Sie hierzu den Einzahlungsschein in der Dezember-Post der Unia.**

Das ist doch mal ein gutes Geschäft. Sie kaufen Reka-Checks im Wert von 500 Franken, bezahlen aber weniger dafür. Jeder Reka-Franken ist in vielen Hotels, Restaurants, im ÖV, an Tankstellen oder in Museen genau gleich viel wert wie der Franken.

**BARGELDLOS.** Das Reka-Geld ist auch bargeldlos zu haben. Dazu eröffnen Sie ein Reka-Konto, bekommen eine Kontokarte und können künftig bei den Stellen, die dieses Geld akzeptieren, mit der Karte statt mit Checks

bezahlen. Reichen Ihnen die 500 Reka-Franken aus Ihrem Unia-Bezugsrecht nicht aus, können Sie Ihr Konto mit Einzahlungen bei der Reka auffüllen – mit zwei Prozent Rabatt. Das rentiert besser als der Minimalzins auf Ihrem Bankkonto.

Die Reka verkauft pro Jahr Checks im Wert von gegen 700 Millionen Franken. Die Geschäfte, die Reka-Geld akzeptieren, liefern der Reka eine

**Mit der Reka-Karte wird vergünstigtes Bezahlen bequemer.**

Kommission ab. Das lohne sich, umwirbt die Reka interessierte Firmen: «Da Reka-Geld vorausbezahlt und vergünstigt ist, wird es leichter ausgegeben.» Aber Sie – Sie werden ja nicht so schnell leichtsinnig! (jk)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



**SCHLAUE LÖSUNG:** Ein Antivirenprogramm, das nicht auf dem PC selber installiert ist, kann auch nicht durch ein PC-Virus ausgeschaltet werden. FOTO: PD

## Virenschutz: Testsieger ist der Windows Defender

Ein Antivirenprogramm gehört heute auf jeden PC. Doch im schlimmsten Fall kann ein Virus auch das Antivirenprogramm behindern oder sogar unbrauchbar machen. Abhilfe schafft hier der Windows Defender. Er ist nicht auf dem PC installiert, sondern kann das Virus via Internet scannen. Der Defender ist in Windows 10 bereits enthalten.

**Der Defender schützt den PC wirksam. Und er ist kostenlos.**

Dafür muss der PC mit dem Internet verbunden und der Windows Defender bereits als Antivirusprogramm eingestellt sein. Wie das geht, erfahren Sie unter [saldo.ch/defender](http://saldo.ch/defender).

**BESTNOTE.** Und so klappt der Scan: Öffnen Sie die Einstellungen (Zahnradsymbol im Startmenu). Geben Sie im neuen Fenster in der Suchzeile «Viren» ein und klicken Sie auf das Suchresultat «Viren- & Bedrohungsschutz». Im nächsten Fenster klicken Sie auf «Scan-Optionen». Markieren Sie «Überprüfung durch Windows Defender Offline». Mit Klick auf «Jetzt überprüfen» beginnt der Virenschutz. Er kann bis zu 15 Minuten dauern. Dabei wird der Computer neu gestartet.

Bei «AV-Test», einem unabhängigen Forschungsinstitut für IT-Sicherheit, schnitt der Microsoft Defender als bestes Gratis-Antivirenprogramm ab. Die Software erhielt Höchstnoten bei der Schutzwirkung und bremst den Computer kaum aus.

Übrigens: Auf dem Mac ist es nicht nötig, eine Antivirensoftware zu installieren. MARC MAIR-NOACK

# workrätsel

## Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



**K-Tipp.**  
Wir testen für Sie.  
Wer abonniert, profitiert.

**LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 18**  
Das Lösungswort lautete: **BELEGSCHAFT**



DEN PREIS, 200 FRANKEN IN REKA-CHECKS,  
hat gewonnen: Lorenz Göschl, Veltheim AG.  
Herzlichen Glückwunsch!

Variante			Nachbildung	Insel-europäerin	nicht ver-schwen-derisch			span. Appetit-häpp-chen Ez.	Winter-sportort i. Kt. GR	Doppel-vokal	ägypt. Tempel-stadt		schweiz. Bahnge-sell-schaft		zu dem Zweck	weibl. Raub-katze	Produkt-strich-code (eh. Bez.)	Augen-blick, im ...
... -Auszahlung geht gar nicht!					Autokz. Panama			Corona-... explodieren										
internat. Presse-agentur			nicht wenige		... alleine genügt nicht!							6	Nahrung zu sich nehmen			afrikan. Staaten-bündnis		
Küsten-saum in Italien								Brauch, Gepflogenheit i. Geschäft		Haupt-stadt v. Süd-korea		hasten, hetzen					10	Pionierin in Most-indien (Martina)
					Hunde-name		erfolglos, vergebens		1						schweiz. TV-Moderatorin (Patrizia)		Schrift-steller	
Fels-stück	kurzer engl. Gruss	ausser-ordentlich		schweiz. Gitarrist (Max)								voll-bracht, fertig		flieder-farben				
Edelgas							Sauerstoff aufnehmen		Fahrt, Ausflug		Balkon-pflanze						4	
				jmd., der anderen nach-stellt		tele-phonieren								Haupt-stadt v. Estland		Abk. f. d. türk. Währung		
musik.: Ende	Infektions-krankheit		Agent, Spion					5			US-Jazz-musiker † 2017 (Fats)		schwer-fällig, faul					
Sonder-zuwend-ung (Abk.)					Teil des Pfeil-bogens		an Stelle von		Ober-haupt d. Tibeter: ... Lama							getrock-nete Getreide-halme		Ferienort in Südtirol
			Nadel-baum, Kiefern-art		Sitz-ungs-perioden							2	ein-leuch-tend		scherzh.: USA (Onkel...)			
Körper-teil, Extre-mität		kulinar. Begriff (2 W.)							Sprech-pausen-überbrückung			Pflanze mit haf-tenden Samen						
grosse Grün-anlage					Abk.: Répu-blique française		sächl. Fürwort		mediterr. Knob-lauch-sauce				7		Zürcher Fuss-ballclub		frz. Artikel	
nicht brennbar		unter-einander ver-binden				3						süd-west-afrik. Staat					8	
									Nagetier									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work,  
Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per  
E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 27. November 2020

INSERAT

Dienstag, 1. Dezember 2020, 13.30–16.30h

# Online-Branchenkonferenz Pflege und Betreuung

Arbeitest du in Pflege und Betreuung? Dann nimm an der digitalen Branchenkonferenz via Zoom-Link teil und bring dich ein. Denn gute Pflege braucht mehr!

Anmeldung und weitere Infos unter: [www.unia.ch/pflegekonferenz](http://www.unia.ch/pflegekonferenz)



**WORKLESERFOTO**



**Symphonie in Orangerot**

**WANN** 17. Oktober 2020  
**WO** Kehrsatz BE  
**WAS** Feuerdorn-Beeren  
**Eingesandt von** Walter Winkler, Thun

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

- Friedrich Engels I:** Eines der wichtigsten Werke des deutschen Philosophen und Revolutionärs heisst:  
 a) «Der Ursprung des Tieres, des Privateigentums und des Staates»?  
 b) «Der Ursprung des Weibes, des Privateigentums und des Staates»?  
 c) «Der Ursprung des Ursprungs, des Privateigentums und des Staates»?  
 d) «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates»?
- Friedrich Engels II:** Er war der Sohn eines:  
 a) Zirkusdirektors?  
 b) Textilfabrikanten?  
 c) Hutmachers?  
 d) Sanitärs?
- Friedrich Engels III:** Wie sah er die Schweizer?  
 a) als rohe Hirten?  
 b) als Kühemelker und Käsemacher?  
 c) als Jodler?  
 d) als Horn- und Klauenmänner?
- Friedrich Engels IV:** Was spielte er zusammen mit Karl Marx immer für ein Instrument?  
 a) Flöte?  
 b) Orgel?  
 c) Klavier?  
 d) zweite Geige?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!



FOTO: AVG IMAGES

Lösungen: d; c; a; d; b; a; d; c

**WORKPOST**

**Kuba-Boykott total: Sogar Konto der Vereinigung Schweiz-Cuba gekündigt  
 Bank Cler kuschelt vor Donald Trump**

**Ausgerechnet die ehemals gewerkschaftsnahen Bank Cler tritt den Sanktionswahn der USA gegen Kuba auf die Spitze. Schweizer Kundinnen und Kunden protestieren.**

Im Kampf gegen Corona schickte Kuba 3000 medizinische Fachleute in 28 verschiedene Länder – gratis und kostenlos. Ganz anders die USA unter Donald Trump: Sie verschärfen selbst während der Pandemie ihren Wirtschaftskrieg gegen das sozialistische Nachbarland. Mit immer weiteren Folgen für die Kubanerinnen und Kubaner. Und Amerikanerinnen auch auf die Schweiz. Denn die USA drohen hiesigen Banken mit Sanktionen, wenn sie die Embargo nicht vollständig mittragen. Das sieht So hat nun die Zürcher Kantonalbank...



der Schweiz und Kuba (VSC). Das beschämende Geschäftsgebaren bezeichnet Ihr in der Überschrift zu Recht als feigen Akt politischer Unterwerfung. Leider geht es noch schlimmer! Ich möchte Euch von einem ähnlichen Fall berichten, bei dem sich Postfinance sogar vorausseilend weigert, den Geldtransfer mit dem Betreff oder dem Namensbestandteil «Kurdistan» im Empfänger auszuführen. Vorausseilend deshalb, weil der Diktator und Kriegsherr Erdoğan, anders als seine verflornten US-Kollegen, nicht über das entsprechende wirtschaftliche Erpressungspotential verfügt. Im April und Mai habe ich per Onlinebanking einen Dauerauftrag veranlasst. Das Geld sollte an ein humanitäres Projekt des «Kurdischen Roten Halbmondes» (entspricht dem Schweizerischen Roten Kreuz) überwiesen werden. Postfinance schickte mir daraufhin Push-Nachrichten, dass Überweisungen mit dem Empfängerbestandteil «Kurdistan» nicht ausgeführt werden. Auf meinem Kontoauszug fehlt dann aber der Grund der Stornierung. Auf meine Nachfragen bekam ich keine oder ausweichende Antworten.

Seit kurzem verweigert Cler ihren Kundinnen und Kunden nämlich sogar schweizerische Transaktionen, wenn sie möglicherweise der Embarkation zugute kommen könnten. Dafür reicht offenbar be-

rechten Parteien über Covid-Leichen gehen. Was für ein Zynismus! In diesem «Krieg» ist das medizinische Personal eine Art Kanonenfutter.

PAUL DORN, ZÜRICH

**WORK 18 / 6. 11. 2020: DAS SAGT DER ETHOS-CHEF ZU DEN INITIATIVEN**

**Es gibt noch viel zu tun!**

Syngenta & Co. machen Milliarden mit giftigen Pestiziden. Oft in Schwelen- und Entwicklungsländern, wo wenig reguliert wird. Diese Profite will sich Syngenta nicht nehmen lassen und bekämpft auf allen Ebenen jede Einschränkung. Ganz besonders fürchtet sie die Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Denn Syngenta werden schwere Verstösse vorgeworfen: So haben indische Kleinbauern Klage eingereicht, weil viele nach dem Einsatz des Pestizids Polo – in der Schweiz und Europa längst verboten – unter teilweise schweren gesundheitlichen Problemen gelitten hatten. Natürlich bestreitet Syngenta solche Vorwürfe. Syngenta bekämpft aber nicht nur die KVI massiv – sondern auch bei uns alle Einschränkungen: Vielerorts ist das Trinkwasser belastet vom in der EU und der Schweiz verbotenen Pestizid Chlorothalonil. Aber vor Bundesverwaltungsgericht hat Syngenta erreicht, dass der Bund es nicht mehr als «vermutlich krebserregend» bezeichnen darf. Der Bund hat (endlich) den Export von 5 Pestiziden verboten, die in der Schweiz schon längst nicht mehr angewendet werden dürfen. Syngenta, unterstützt von der Chemiebranche, kritisiert diesen Entscheid heftig. Alles andere als konsequent ist auch der Bund: Es bleiben weitere rund hundert gesundheits- und umweltgefährdende Pesti-

zide, die in der Schweiz nicht zugelassen sind, von einem Exportverbot verschont. Es bleibt im In- und Ausland noch viel zu tun gegen rücksichtslose Profitmaximierung.

KARL GMÜNDER, HÖRGEN ZH

**Absurde Argumente**

Viele Argumente der Gegner der Konzernverantwortungsinitiative (KVI) klingen wie versehentliche Geständnisse, dass sie tatsächlich unethisch wirtschaften (was natürlich meist nicht der Fall ist). Da wird zum Beispiel vor einer Klagewelle gewarnt – heisst das nicht letztlich: Ja, wir schädigen Mensch und Umwelt in unzähligen Fällen, allesamt würdig, vor Gericht gezogen zu werden? Und also ist es falsch, dies zu ermöglichen? Da wird ein «riesiger Bürokratieaufwand» heraufbeschworen – dabei liegt im Falle einer Klage in der Schweiz (die sich Geschädigte im Ausland übrigens erst mal leisten können müssen...) der Aufwand der Beweisführung zunächst beim Kläger und dann beim Gericht. Analog dazu zwingt unser Gesetzbuch, bloss weil es beispielsweise Diebstahl und Betrug als Straftaten behandelt, auch nicht jede Bürgerin zu bürokratischem Aufwand, um schlicht anständig zu bleiben und nicht zu stehlen und zu betrügen. Oder: Bei Annahme der KVI würden sich Schweizer Firmen «aus heiklen Ländern zurückziehen und Investitionen streichen müssen» – was, bitte sehr, sind denn «heikle Länder», wenn nicht solche, die satte Profite im rechtsfreien Raum ermöglichen, ohne Schutz für Mensch und Umwelt? Oder: «Die Schweiz als Versuchskaninchen!», «nur Schweizer Firmen werden kontrolliert, alle andern nicht» – so vertei-

digen sich dumme Buben nach einem bösen Streich: Wir waren's nicht, aber alle ändern auch! Zudem zeigt ein Blick nach Deutschland, wo das sogenannte Lieferkettengesetz diskutiert wird, dass die Schweiz in Sachen Wirtschaftsethik gegenüber ihren Nachbarn abzusinken droht. Machen wir uns also nicht vor aller Welt lächerlich und unbeliebt – und stimmen Ja! Aus purem Anstand!

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

**WORK 18 / 6. 11. 2020: WESTSCHWEIZ IM LOCKDOWN, DEUTSCHSCHWEIZ...**

**Leichtes Unbehagen**

Manchmal überkommt mich beim Lesen Ihrer Zeitung ein leichtes Unbehagen, weil mich die Aufmachung einiger Themen ehrlich gesagt an ein gewisses Tages-Revolverblatt erinnert, die Worte «Hetze» und «einseitige Berichterstattung» schleichen sich dabei in meine Gedanken. Ein Beispiel sind für mich die Corona-Berichte. Von Beginn an wurden Menschen mit anderer Haltung, anderem Erleben, von Ihnen in die Ecke der Spinner gedrängt. Ich bitte Sie inständig um Ausgewogenheit. Ich halte uns Leserinnen und Leser für intelligent genug, uns eine eigene Meinung zu bilden, ohne uns gleich in Verschwörungstheorien zu verlieren. Trotzdem möchte ich es nicht unterlassen, der Unia für ihre wertvolle Arbeit zu danken.

CHRISTA BADER, WABERN BE

**WORK 18 / 6. 11. 2020: BANK CLER KUSCHT VOR DONALD TRUMP**

**Erpressung**

Seit vielen Jahren unterstütze ich Medicuba, daher kann ich Ihrem Artikel nur beipflichten. Seit der unfreundlichen Übernahme (die schon fast an Aktionärs-erpressung grenzt) der Bank Cler durch die Basler Kantonalbank ist diese in den Klauen der BKB gefangen und diesem System vollkommen ausgeliefert. Durch diese Übernahme wurde der soziale Hintergrund der GZB, Bank Coop und jetzt der Cler, ausgerottet. Daher meine ich, sie sollten diese Umstände deutlicher zum Tragen bringen. Cler ist nun der Sündenbock für diese und alle weiteren internationalen Gelüste und Verfehlungen der BKB. Und ich gratuliere dem ganzen Redaktionsteam zu dieser tollen Zeitung.

CLAUDE SCHUNCK, SCHATTDORF UR

**Noch schlimmer**

In der letzten Ausgabe berichtete work über das Embargo der Schweizer Banken gegen humanitäre Hilfsorganisationen wie Medicuba oder den Verein für die Freundschaft zwischen

**WORK 18 / 6. 11. 2020: «ICH HATTE ANGST, DASS DER PATIENT GLEICH STIRBT»**

**Kanonenfutter**

Es wäre durchaus angebracht, einen richtig fetten Artikel darüber zu machen, dass offenbar sowohl Bigler als auch Economiesuisse plus die

WOLFRAM SIEDE, PER MAIL

# David Brassel (42) ist professioneller Trittbrettfahrer «Ich mache diese Arbeit gern!»

**Ob Hitze oder Hudelwetter, David Brassel macht's nichts aus. Hauptsache, er ist draussen unterwegs. In der Stadt Zürich sorgt er für saubere Strassen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MARA TRUOG

Leuchtorange Kleidung, Stahlkappenschuhe, Schutzbrille – und ein Lächeln hinter der Maske: David Brassel kommt gerade von seiner Tour zurück. Er ist Betriebsarbeiter Entsorgungslogistik bei der Stadt Zürich. «Müllwagen-Lader sagt man nicht mehr», stellt er klar. Heute hatte er die Tour, die er am wenigsten mag: Tierkadaver. Bei der Polizei holt er verunfallte Katzen und Hunde ab, bei der Uni tote Schafe und Schweine aus den Forschungsabteilungen. Und bringt diese dann zur Sammelstelle nach Winterthur, von wo aus die Kadaver nach St.Gallen geschickt werden. Brassel erklärt: «Wegen der Seuchengefahr, vor allem der Maul-und-Klauen-Seuche, dürfen die Kadaver nicht hier im Kehrichtkraftwerk Hagenholz verbrannt werden.» Stattdessen werden die Tierkörper grösstenteils von einem Extraktionswerk in Bazenheid SG zu Mehl verarbeitet, das anschliessend in der Zementherstellung als Brennstoff verwendet wird. Brassel sagt: «Die Kadavertour mache ich nicht so gerne, weil es unangenehm riecht und der Anblick der toten Tiere nicht gerade schön ist. Aber zum Glück muss ich diese Tour ja nur einmal pro Woche machen.» Auf den anderen Touren lädt er Haushalts- und Betriebskehricht oder Sperrgut.

**FRISCHE LUFT.** Ansonsten hat Brassel an seinem Job nichts auszusetzen: «Ich mache diese Arbeit gern!» Es sei immer an der frischen Luft, Hitze oder Hudelwetter machen ihm nichts aus: «Wir haben ja gute Kleider!» Und geregelte Arbeitszeiten, keine Wochenendarbeit. Das ist es, was Brassel besonders geniesst, weil es bei ihm nicht immer so gewesen ist. 18 Jahre lang arbeitete er als Kellner in unterschiedlichen Lokalen. Doch dann wurde es ihm zu viel mit den unregelmässigen Arbeitszeiten, der Zimmerstunde, den Abend- und Wochenendeinsätzen. Brassel sagt: «Ich habe damals eine Bekannte getroffen, die bei Entsorgung + Recycling Zürich arbeitete, und die sagte, ich solle mich mal bewerben.» Das habe er gemacht und wurde prompt angestellt. Das war vor sieben Jahren. Brassel hat seine Entscheidung nie bereut: «Ich bin sehr zufrieden!»

Heute arbeitet David Brassel nur noch sehr selten am Wochenende. Seinen Arbeitstag beginnt er um 6 Uhr in der Kantine mit Kaffee oder Tee. Dann treffen nach und nach die Kollegen ein. Um 6.30 Uhr gehen sie zum Abfallsammelfahrzeug, kontrollieren, ob alles funktioniert: die Presse, das Trittbrett usw. Dann geht's los in die frische Morgenluft. Auf der Tour angekommen,

steigt Brassel routiniert das Trittbrett hoch und runter, um von Container zu Container zu fahren. Seit den nuller Jahren gibt's in der Stadt Zürich nur noch Container, zu gross war die Verletzungsgefahr durch spitze Gegenstände beim Laden einzelner Säcke. Fahrer und Lader sind ein eingespieltes Team. «Die meisten Chauffeure halten auf den Millimeter genau beim Container.» Brassel erklärt: «Wir kennen die Stadt besser als jeder Taxifahrer. Navis hat's nicht und braucht's nicht!» Brassel ist Springer, arbeitet also nicht in einem fixen Team, sondern immer gerade dort, wo es ihn braucht.

**SAUBERE SACHE.** Die meisten Leute begegnen Brassel und seiner ab und zu übelriechenden Arbeit mit Respekt. Nur Jugendliche hielten sich manchmal demonstrativ die Nase zu, wenn er vorbeifahre. Aber darüber könne er nur lachen. Mit Corona sei die Wertschätzung noch gestiegen, sagt Brassel. «Wir waren an der Front, haben immer gearbeitet, auch im Lockdown. Viele Leute haben uns gesagt, dass sie froh seien, dass wir den Job noch machen in dieser Situation. Sie haben gesehen, dass auch wir systemrelevant sind.» Im Frühling hätten sie Autos mieten müssen, um dem Abfallsammelfahrzeug nachzufahren, weil in der Kabine vorne wegen der Sicherheitsabstände nur noch zwei Personen erlaubt gewesen seien. Heute tragen alle Masken, so dass wieder drei Leute mitfahren dürfen. «Die Maske nervt, aber das gehört jetzt halt zum Alltag», sagt David Brassel lachend und spricht damit wohl sehr vielen aus dem Herzen.

Um diesen Job zu machen, müsse man fit und wetterfest sein, sagt Brassel. Für ihn



kein Problem: Er treibt viel Sport und ist gesund. Doch für die älteren Kollegen sei's schon streng. Deshalb möchte er gerne in ein paar Jahren ins Büro wechseln, um als Disponent zu arbeiten. Doch bis dahin wird er noch viele Container leeren, auf einer normalen Tour sind's an die 500. Brassel und seine Kollegen machen rund 2 Millionen Containerleerungen pro Jahr und sammeln so insgesamt 71 000 Tonnen Hauskehricht.

So gegen 14.30 Uhr ist Brassel jeweils wieder zurück beim Kehrichtkraftwerk, wo das Abfallsammelfahrzeug sein

mit Ghüder gefülltes Inneres in die Mulde entleert. Der Abfall wird verbrannt. Durch die Abwärme werden 170 000 Wohnungen beheizt und Strom für 50 000 Haushalte produziert. Früher wurde mit dem Dampf das Operationsbesteck im Unispital sterilisiert, heute wird er hauptsächlich in der Spitalküche verwendet.

Mit der Leerung ist Brassels Tagwerk noch nicht getan: Weiter geht's zum Fahrzeugwaschen, Dreck und Rückstände müssen entfernt werden. Und zum Schluss fettet er noch die Gelenke am Fahrzeug. Erst dann ist Feierabend!



**DAVID BRASSEL**

**DER SPORTLER**

David Brassel (\* 1978) lebt in Zürich Witikon. Seit zehn Jahren macht er zwei Mal pro Woche brasilianisches Jiu Jitsu (eine Abwandlung und Weiterentwicklung der japanischen Kampfkunst Jiu Jitsu).

**BERUHIGUNG.** An drei bis vier Abenden trainiert er im Fitnesscenter oder macht Ausdauersport: Joggen, im Sommer Velofahren. «Der Sport beruhigt mich», sagt er. David Brassel ist zufrieden mit seinem Lohn. Er verdient mehr, als er in seinem früheren Job als Kellner verdient hat.

**DAMIT ZÜRICH SAUBER BLEIBT: Entsorgungslogistiker David Brassel und seine Kollegen entsorgen pro Jahr 71 000 Tonnen Abfall.**

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren. Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiezbinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiezbinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinc@workzeitung.ch](mailto:patriciadinc@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Dore Heim, Martin Jakob, Nicole Maron, Andreas Rieger, Clemens Studer, Johannes Supe, Lotta Suter, Anna Wegelin, Jean Ziegler. **Gestaltung/ Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch) **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.